

# BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2018



- 
- \* 9 Junge Alternative - Zersiedelung stoppen \*
  - \* 10 Wahlen - Wahlanalysen \*
  - \* 12 Gleichstellungsgesetz - Genug von der Ungerechtigkeit \*
  - \* 18 Verkehrspolitik - Mobilität der Zukunft \*
  - \* 22 Eritrea - Das interessanteste Land \*
-

## 2 Inhaltsverzeichnis

### 3 Editorial

### 4 Kantonsrat

Chancengleichheit digital

### 6 Gleichstellungsgesetz

Etappe, nicht Endstation

### 8 Frauen\*streik 2.0

Lohnleichheit

### 9 Junge Alternative

Zersiedelung stoppen

### 10 Wahlen

Neue Realitäten

### 12 Wahlen

Auffällige Unterschiede

### 13 GGR

Abschied und Neuanfang

### 14 Würdigung

Manuela Weichelt-Picard

### 16 Steuerreform

Neue Schlupflöcher

### 18 Verkehrspolitik

Mobilität der Zukunft

### 22 Eritrea

Das interessanteste Land

### 24 Umweltverschmutzung

GRÜNE gegen Glyphosat

### 25 Grünspecht

Grüne Welle

### 26 Service

Gestreift

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

### «Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

**Redaktion und Herausgeberverein**  
«Das BULLETIN»

# Kampf der Zersiedelung

Paul Iten, Gemeinderat Oberägeri

Jeden Tag werden in der Schweiz Grünflächen von mehr als 8 Fussballfeldern verbaut und gehen somit verloren. Darunter leidet die Natur. Die Landwirtschaft verliert Anbauflächen. Aber auch die Menschen leiden, weil unser gewohntes Landschaftsbild zerstört wird. Zudem fördert die Zersiedelung zusätzlichen Verkehr, weil die Verkehrswege länger werden. Der Kanton Zug geht in der nächsten Legislatur die Ortsplanungsrevision an. Der Kanton hat zum Glück bereits beschlossen, keine zusätzlichen Flächen mehr einzuzonen. Zudem wollen wir im Ägerital höchstens noch ein Wachstum von 0,8 Prozent. Verdichtung heisst nun das grosse Schlagwort.

In den letzten Jahren hat man sich der Raumplanung vermehrt angenommen. Die Bevölkerung hat zur Zweitwohnungsinitiative und auch zur Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) ja gesagt. Dass damit das Problem gelöst ist, bezweifle ich. Manchmal werden Gesetzesänderungen entweder gar nicht oder mangelhaft umgesetzt.

Der Landfrass ist im Wesentlichen auf vier Ursachen zurückzuführen: Zunehmender Wohnflächenbedarf pro Person, mehr Verkehr, Bevölkerungswachstum und Flucht aufs Land.

Die Statistik zeigt: Die Siedlungsfläche für unseren Wohnraum hat von 1985 bis 2009 um 44,1 Prozent zugenommen. Zur gleichen Zeit ist die Wohnbevölkerung in der Schweiz um 17,1 Prozent angestiegen. Mit andern Worten: Der Wohnraum pro Kopf ist ca. um 25 Prozent gewachsen. Der grösste Treiber der Betonierung ist also der Pro-Kopf-Bedarf. Allerdings darf man auch erwähnen, dass in der Zeit von 1985 bis 2009 auch grössere und dichtere Überbauungen entstanden sind als in den 25 Jahren vorher.

Mit der Zunahme der Bevölkerung und unseren Lebensgewohnheiten



braucht auch der Verkehr immer mehr Platz. Der Verkehr nimmt auch dadurch zu, dass wir grössere Distanzen für die Arbeitsplätze, unsere Freizeit und für unsere Einkaufsmöglichkeiten in Kauf nehmen. Ganz verhindern kann man das natürlich nicht. Oft haben wir keine Wahl, wo wir arbeiten oder wo wir wohnen. Daher wäre es auch eine Aufgabe der Raumplanung, die Infrastrukturen von Wohnen, Arbeiten und Freizeit näher zusammenzubringen.

Neue Statistiken zeigen, dass über 40 Prozent des Verkehrs Freizeitverkehr ist. Es ist auch klar, dass die Transportwege länger sind, wenn die Siedlungsgebiete weiter auseinander liegen. Mehr Verkehr bedeutet weniger Lebensqualität, weil wir dadurch mehr Lärm und Abgase ertragen müssen. Die Fläche für Autobahnen, Parkplätze und Garagen hat von 1985 bis 2009 um 48,8 Prozent zugenommen, die Bevölkerung ist jedoch nur um 17,1 Prozent gestiegen. Eine andere Statistik zeigt, dass in der Schweiz für jeden Einwohner – vom Kleinkind bis zum Altersheimbewohner – mehr als ein Parkplatz zur Verfügung steht. Fast jeder Parkplatz bedeutet auch eine Versiegelung des

Bodens. Eine mögliche Lösung wäre der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und eines guten Velonetzes. Mit der Betonierung verliert unsere Landwirtschaft auch die wichtigste Ressource, nämlich den Boden. Mit jedem neuen Gebäude, mit jedem Parkplatz und mit jedem Quadratmeter Strasse wird Boden versiegelt. Wir erleben dadurch immer mehr Überschwemmungen. Dadurch verlieren wir Wasser- und Sauerstofftransport. Viele Bodenorganismen haben zu wenig Lebensraum und überleben nicht. Pflanzen können nicht mehr wachsen. Diese Böden werden in der Regel nie mehr zurückgegeben, der Verlust ist endgültig. Damit ist auch die regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln gefährdet.

Die Politik hat erkannt, dass man die Zersiedelung nicht sich selber überlassen kann und dass somit die Raumplanung eine direkte politische Aufgabe ist. Es bleibt zu hoffen, dass in nächster Zeit weitere Politiker in Parlamente und Exekutiven gewählt werden, die das Problem ernsthaft anpacken wollen. Es gilt Wege zu finden, wie der steigende Wohnraumverbrauch jeder Person eingedämmt werden kann und die Verkehrswege kürzer werden. ■



# Chancengleichheit digital

Rita Hofer und Anastas Odermatt

## 4 Digitalisierung verändert unsere Gesellschaft – und damit die Schule. «BYOD – Bring your own device» – «bring dein eigenes Gerät»: Dieser Grundsatz wird an den kantonalen Schulen eingeführt. Damit verbunden stellt sich die Frage der Chancengleichheit.

Eine der aktuell grössten Veränderungen in unserer Gesellschaft ist die Digitalisierung. Digitalisierungsprozesse sind Veränderungen, bei denen bisher analoge Werte und Prozesse neu digital vorliegen. Diese Veränderungen ziehen eine Reihe von Folgen nach sich, so z. B. Geräteanschaffungen. Die Digitalisierung birgt sowohl Chancen (Zugang zu Wissen und Daten, kürzere Wege, automatisierte Prozesse, Dezentralisierung von Macht) als auch Risiken (Veränderung der Arbeitswelt, kostentreibende Veränderungsprozesse, Sicherheitslücken, monopolisierte Daten- und damit Machtbestände). Die Digitalisierung und ihre Chancen kosten, neue Ungleichheiten können entstehen. Ganz konkretes Beispiel: Wie wird der Grundsatz «BYOD – Bring your own device» «bring dein eigenes Gerät» an den Schulen im Kanton Zug umgesetzt?

### Sparen – neue Konzepte einführen – Kosten auslagern

Gemäss Medienberichten (1) vom Frühjahr 2018 werden bei den kantonalen Schulen im kommenden Jahr 2019 1,1 Mio. Franken gespart. «Der Löwenanteil der Sparmassnahmen betrifft die Kantonsschule Zug, da diese derzeit die höchsten IT-Kosten hat.» Gemäss demselben Medienbericht führt die Kantonsschule Menzingen das Konzept «Bring your own device» (BYOD) für die oberen Klassen ein. Und ebenso wird die Direktion für Bildung und Kultur (DBK) zitiert, wonach das Untergymnasium nicht in den Schutzbereich der obligatorischen Schulzeit gehöre. Zusammengefasst: Sparen – dafür neue Konzepte einführen – Kosten auslagern.

### Regierung nimmt Stellung

In diesem Zusammenhang haben wir die Regierung gebeten, diverse Fragen zu beantworten (2). Die Beantwortung zeigte erstens auf, dass das Konzept schon voll durchschlägt, wobei jede Schule eigene Strategien fährt. Zwei-

entsprechende Geräte an – umso höher die Schulstufe, desto mehr Geräte gibt es – bis hin zu einem Gerät pro Schülerin und Schüler. Die Kosten übernehmen grundsätzlich die Gemeinden. Und aufgrund der Bestellmenge können spannende Verträge abgeschlossen werden inkl. Wartung (!) etc. Der Kanton geht hier einen anderen Weg bzw. andere Wege: Die Kantonsschule Menzingen (KSM) startet nach dem Untergymnasium mit BYOD. Das entsprechende BYOD-Konzept der Kantonsschule



Die bunte Mischung von Geräten fordert die Lehrpersonen.

tens zeigt sie auf, dass das Konzept noch nicht überall zu Ende gedacht wurde und es noch einige böse Überraschungen geben wird. Und drittens ist es aus Sicht der DBK klar, dass auch im Untergymnasium die Eltern für die Kosten aufkommen müssen – das Untergymnasium gehöre ja nicht zur obligatorischen Schulzeit.

### Viele Wege führen nach Rom (oder eben nicht)

Der Kanton und die Gemeinden haben eine gemeinsame ICT-Strategie erarbeitet. Die Gemeinden schaffen sich aktuell je nach Schulstufe

Zug (KSZ) liegt noch nicht vor. Vielleicht wäre ein intensiverer Austausch mit den Gemeinden hier angebracht – und zusammen gäbe es eine nachhaltige Lösung.

### Umsetzung im Unterricht

Der Erfolgstest schlechthin für BYOD wird sein, ob es im Unterricht anwendbar ist oder mehr verhindert statt fördert. Einerseits hängt dies von der einzelnen Lehrperson ab. Andererseits aber vor allem davon wie es eingeführt und umgesetzt wird. Stellen wir uns vor, alle bringen ihr eigenes Gerät mit unterschiedlicher

Leistung und eigenem Setup mit: Bei Schülerin A ist das Gerät nach einer halben Minute einsatzbereit, bei Schüler B dauert das Aufstarten schon zwei Minuten (die Eltern konnten halt nur ein älteres Modell kaufen bzw. der alte Laptop von der Mutter tut es schon), das Gerät von Schülerin C möchte ein Update vornehmen und lädt dafür ein paar Minuten und Schüler D hat ein Problem mit dem Programm. Ach ja – und Schülerin E – bei der ist der Laptop kaputt und Schüler F hat kein Ladekabel dabei ab der dritten Lektion ist fertig. Technische Probleme mit den buntgemischten Geräten werden so zu Beeinträchtigungen des bisherigen Unterrichts führen. Das Erwerben der Kompetenz, mit solchen Problemen umzugehen, ist in der heutigen Zeit sicherlich immens wichtig – nur müssten dann alle Lehrpersonen entsprechend Hilfestellung bieten und auch die entsprechenden Zeitressourcen (sowohl innerhalb als auch ausserhalb des Unterrichts) dafür erhalten.

Naheliegend für die Schülerinnen und Schüler wäre es dann, in der Mittagspause zur IT zu gehen – die können dort sicherlich weiterhelfen. Halt – wir haben vergessen – die wurden ja von der Regierung eingespart. Und die wenigen, die es noch gibt – die sollen nun je einzeln statt gesamthaft via Server (!) Hilfestellungen für Updates, Programme, Lizenzen etc. bieten? Von den Sicherheitsproblemen, die sich mit tausenden Einzelgeräten auftun, reden wir jetzt erst gar nicht. Die happigen Einsparungen im IT-Bereich an der Kantonsschule könnten schon bald einen Jo-jo-Effekt auslösen. Da scheint noch vieles offen. Wir sind gespannt, wie das umgesetzt wird.

#### Die Kostenfrage

Aus Sicht der Regierung (sie verweist auf die Verordnung zum kantonalen Schulgesetz von 1992 – aus Sicht der Digitalisierung also auf die Steinzeit)

ist die Anschaffung des persönlichen Schul- und Gebrauchsmaterials Sache der Erziehungsberechtigten. Für den Schulrucksack, Bleistifte oder die Turnschuhe, dafür kommen Eltern sicherlich nach wie vor auf. Wenn es aber darum geht, dass der Kanton eine Strategie vorgibt, die mit hohen Kosten verbunden ist, sprich in diesem Fall BYOD, dann können diese Kosten nicht einfach auf die Eltern abgewälzt werden. Unser Kanton hat sich (richtigerweise!) dem Lehrplan 21 verpflichtet. Und ja – spätestens damit halten neue Technologien auch im Schulzimmer Einzug. Die daraus entstehenden Mehrkosten sind aber entsprechend auch vom Kanton bzw. den Gemeinden zu übernehmen.

Gemäss Bundesverfassung haben in der Schweiz alle das Recht auf Bildung. Damit die Chancengleichheit gewährt werden kann, ist der Zugang zur Bildung während der obligatorischen Schulzeit daher während neun Jahren für die Eltern unentgeltlich.

Wenn das Untergymnasium aus Sicht der Regierung nun nicht zur obligatorischen Schulzeit gehört und dies auch so umgesetzt werden soll und die Regierung sogar der Meinung ist, dass es zumutbar sei, die Oberstufe an der Sekundarschule zu besuchen und dies keine Nachteile für die spätere berufliche Laufbahn hätte, dann stellt sich eine grundlegende Frage: Warum hält der Kanton noch am Untergymnasium und damit Langzeitgymnasium fest?

Gesellschaftliche Veränderungen müssen wir offen, aber auch kritisch hinterfragend angehen – dafür setzen wir uns ein. Sowohl bei den gemeindlichen, als auch bei den kantonalen Schulen hält die Digitalisierung Einzug. Dies ist grundsätzlich zu begrüssen. Jedoch dürfen Neuerungen nicht unüberlegt und «hepf-chlepf» eingeführt werden und es dürfen keine neuen Ungleichheiten geschaffen werden. ■

#### Bundesverfassung

##### § 62 Schulwesen

- <sup>1</sup> Für das Schulwesen sind die Kantone zuständig.
- <sup>2</sup> Sie sorgen für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und untersteht staatlicher Leitung oder Aufsicht. An öffentlichen Schulen ist er unentgeltlich.

#### Quellen

- (1) «Zuger Zeitung» vom 28. März 2018
- (2) Antwort auf die Interpellation:  
<https://kr-geschaefte.zug.ch/gast/geschaefte/1847>

Photo by NESAs by Makers on Unsplash

# Etappe, nicht Endstation

Regula Bühlmann, Zentralsekretärin Schweizerischer Gewerkschaftsbund SGB

**6 20000 – so viele Menschen bezeugten am 22. September mit ihrer Präsenz auf dem Berner Bundesplatz, dass sie genug haben: Genug vom langen Warten auf Lohngleichheit. Genug von der Ungerechtigkeit und den Diskriminierungen, denen Frauen im Erwerbsleben und in der Gesellschaft ausgesetzt sind.**

#Enough 18, die Nationale Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung, war die grösste Schweizer Frauendemo seit dem Frauenstreik 1991. Und sie setzte dem Parlament ein klares Zeichen: Vorwärts mit der Lohngleichheit, jetzt! Denn Frauen wollen genug Geld zum Leben, genug Wertschätzung für ihre Arbeit und genug Rente für ein Altern in Würde. Das Zeichen kam genau zum richtigen Zeitpunkt: Zwei Tage nach dem Grossaufmarsch der Frauen und solidarischen Männer verhandelte der Nationalrat die Revision des Gleichstellungsgesetzes, die der Lohngleichheit zum Durchbruch verhelfen soll – 37 Jahre, nachdem die Schweizer Stimmbevölkerung sie zum Verfassungsgrundsatz erklärt hat. Der Bundesrat beschloss 2014, nach langem Experimentieren mit freiwilligen Instrumenten, dass es nun verbindlichere Massnahmen braucht, um Lohndiskriminierungen endgültig zu bekämpfen. Er schickte 2015 einen Vorschlag in die Vernehmlassung, der regelmässige Lohnanalysen in den Betrieben, jedoch keine Sanktionen bei Gesetzesverstössen vorsah.

Dieser von Anfang an nicht sehr bisige Vorschlag verlor auf dem Weg durch die Vernehmlassung und die politische Beratung noch etliche Zähne. Der Nationalrat beriet also am 24. September 2018 einen Entwurf, der nur einen kleinen Schritt über die jahrelang erfolglos erprobte Freiwilligkeit hinausging. Aber immerhin einen kleinen Schritt in die richtige Richtung – und nötig, um die Frauen nicht noch länger auf Gerechtigkeit warten zu lassen. Doch die bürgerlich-männliche Mehrheit im Nationalrat liess sich von der Frauenpower vom

22. September nicht beirren: Die Gesetzesrevision kam zwar – unter den wachsamen Augen der Besucherinnen auf den Tribünen – durch, nicht ohne jedoch weiter zerrupft zu werden. Die Nationalräte wollen, dass Arbeitgeber ausrechnen müssen, ob sie im Betrieb überhaupt 100 Vollzeitstellen haben – denn nur dann wären sie analysepflichtig. Dieser Antrag aus der SVP-Küche würde einen sachlich nicht gerechtfertigten, komplett unnötigen bürokratischen Aufwand mit sich bringen. Aufgrund der erhöhten Teilzeitquote von Frauen hätten Arbeitnehmerinnen zudem weniger Chancen, dass ihre Löhne analysiert würden, als Arbeitnehmer – ins Gleichstellungsgesetz würde also eine neue Diskriminierung geschrieben.

## Immer noch grosse Lohnunterschiede

In der Debatte versuchten faktenresistente Bürgerliche den Rat davon zu überzeugen, dass Lohndiskriminierung nicht existiere, sondern allein auf falschen Berechnungen beruhe, ergo keine Massnahmen dagegen nötig seien. Sie griffen damit den Diskurs arbeitgebernaher Organisationen auf, die mit zweifelhaften Studien und halbgenen Argumenten Lohndiskriminierungen negieren, seit der Bundesrat verbindliche Massnahmen dagegen angekündigt hat. Doch alle seriösen Statistiken und Untersuchungen lassen nur einen Schluss zu: Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind eine Tatsache und ein grosser Teil davon lässt sich mit Faktoren wie Alter, Ausbildung und Hierarchiestufe nicht erklären, beruht also auf Diskriminierung.

Dieser unerklärte durchschnittliche Lohnunterschied betrug im Jahr 2014

noch immer 7,4 Prozent. Pro Jahr und Frau ergibt dies ungefähr 7000 Franken, auf ein Arbeitsleben hochgerechnet 303000 Franken. Geld, das den Frauen entgeht, nur weil sie Frauen sind. Im Gegensatz zum erklärten Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen, der langsam kleiner wird, erweist sich die geschlechtsbedingte Diskriminierung als sehr hartnäckig. Und entgegen den marktgläubigen neoliberalen Behauptungen, sind es kaum Leistung und Erfahrung, die den Unterschied erklären könnten. Denn schon Berufseinsteigerinnen sind betroffen: Gemäss einer Längsschnittstudie des Büros Ecoplan verdienen diese durchschnittlich 7,8 Prozent weniger als Berufseinsteiger, der grösste Teil davon, nämlich 7,3 Prozentpunkte, ist unerklärt. Mit Erfahrung hat dies herzlich wenig zu tun, und dass die Leistungen der jungen Frauen schlechter sein sollen, ist aufgrund der Erfahrungen in der Volksschule kaum denkbar.

Es scheint, dass während der weiteren Berufslaufbahn in erster Linie der erklärbare Lohnunterschied wächst, der diskriminierende Teil jedoch konstant ist. Es geht also nicht um Erfahrung, Leistungsbereitschaft oder Sprachkenntnisse, die die Bürgerlichen so gern als Begründung für Lohnunterschiede anführen. Grund sind vielmehr stereotype Erwartungshaltungen, die zu unterschiedlichen Beurteilungen der Leistung und Arbeit von Frauen und Männern führen – und dies während des ganzen Berufslebens.

## Sonderzahlungen, Boni

Besonders anschaulich zeigt sich dies zurzeit in Grossbritannien, wo Firmen seit diesem Jahr ihre Lohnunterschiede – ohne Berücksichtigung der konkreten Tätigkeit – in einer Datenbank veröffentlichen und dabei auch die Boni ausweisen müssen. Bei den britischen Niederlassungen von Schweizer Firmen übersteigen die Unterschiede bei den Boni bei weitem





Eindrücklicher Aufmarsch der Frauen in Bern. Foto: Annette Boutellier

die Bruttolohnunterschiede zwischen Frauen und Männern: Die UBS bezahlt Frauen durchschnittlich 31 Prozent weniger Fixlöhne und 57 Prozent weniger Bonus als den Männern. Bei der Credit Suisse International beträgt dieser Unterschied 51,2 Prozent bei den Fixlöhnen und 76,6 Prozent bei den Boni, bei Nestlé 6 Prozent bei den Fixlöhnen und 14 Prozent bei den Boni und bei Roche 7,1 Prozent bei Fixlöhnen und 85,2 Prozent bei den Boni. Einzig Novartis schliesst einigermaßen unproblematisch ab. Es ist anzunehmen, dass die Zahlen in der Schweiz sich nicht wesentlich von denjenigen in Grossbritannien unterscheiden.

Die Aufstellung der Sonderzahlungen, die Unternehmen in der Schweiz ihren Angestellten 2016 ausbezahlt haben, zeichnet ein ähnliches Bild: Die Boni der Frauen sind gemäss Bundesamt für Statistik nicht einmal halb so hoch wie diejenigen der Männer. Wenn nicht Lohnsysteme mit mehr oder weniger transparenten Einstufungskriterien

den Handlungsspielraum der Lohnverantwortlichen einschränken, profitieren also die Männer – sei es, weil die Vorgesetzten ihnen mehr zutrauen als den Frauen, sei es, weil sie die Arbeit der Frauen als weniger wertvoll erachten oder weil ihnen diese unbewusst einfach weniger sympathisch sind als ihre Kollegen. Solange der Arbeit von Frauen nur halb so viel Wert zugestanden wird wie derjenigen von Männern, braucht es schärfere Massnahmen gegen Lohndiskriminierung. In der Gesetzesrevision, die das Parlament in der Wintersession endlich beschliessen wird, sucht man solche vergeblich.

#### **Gesetzesrevision**

Vom Gesetz betroffen wäre kein Prozent der Schweizer Unternehmen und nur knapp die Hälfte der Arbeitnehmenden. Sanktionen sind keine vorgesehen – ebenso wenig Durchsetzungskompetenzen für den Bund. Auf Wunsch der FDP hat das Parlament das Gesetz auch noch mit einem Ab-

laufdatum versehen: Nach 12 Jahren soll Schluss sein mit den Lohnanalysen, unabhängig davon, ob sie noch nötig sind oder nicht. Alles in allem ist diese Gesetzesrevision eine Frechheit gegenüber den Frauen, die im September den Bundesplatz zum Kochen brachten. Und doch: Es braucht diesen ersten kleinen Schritt hin zu mehr Lohngleichheit, damit ihm weitere folgen können. #Enough18 hat gezeigt: Die Frauen sind da und bereit, einzufordern, was ihnen zusteht. Sie werden dafür sorgen, dass die aktuelle Gesetzesrevision nicht Endstation ist, sondern eine Etappe auf dem Weg zur Gleichstellung. Der Politik wird keine andere Wahl bleiben, als diesen Weg gemeinsam mit den Frauen weiter zu beschreiten. ■

#### **Forschungsprojekt Lohnunterschiede**

<http://www.nfp60.ch/de/projekte/cluster-2-bildung-karriere/projekt-marti>

# Frauen\*streik 2.0

Virginia Köpfl, Kampagnenmitarbeiterin Frauen\*streik bei der Unia

## 8 Die lange erwartete Revision des Gleichstellungsgesetzes begann 2018. Das bürgerliche Männerparlament beschliesst eine Scheinreform. Genug vom Warten: vom lahmen Männerparlament zum zweiten Frauen\*streik!

Erst 1981 wurde der Grundsatz der Gleichstellung von Mann und Frau in der Verfassung verankert. Das Gesetz zur Umsetzung dieser Gleichstellung hat auf sich warten lassen. Die Frauen hatten es so sehr satt, dass sie 1991 zum Frauenstreik aufriefen. Mit 500 000 Frauen war es der grösste Streik in der Schweizer Geschichte. Das Gleichstellungsgesetz kam dann 1996. Es herrschte grosse Erleichterung und Vertrauen darin, dass dieses Diskriminierungsverbot gerade auch die Lohnungleichheit bringen würde. Ausser der Möglichkeit, gegen Diskriminierung Klage einzureichen, waren jedoch keine weiteren Massnahmen vorgesehen.

Inzwischen zeigten sich die Tücken dieser Klagemöglichkeit. In den 22 Jahren gab es 900 Gerichtsverfahren, davon ein Drittel Lohnklagen. Das Verfahren ist beschwerlich, eine Klägerin braucht viel Mut und Unterstützung. 42 Prozent der Lohnklagen sind gescheitert. In solchen Fällen bleiben die Verfahrenskosten an der Klägerin hängen. Die lange Dauer der Verfahren ist für Klägerinnen sehr belastend. Diese Faktoren halten Frauen oft davon ab, überhaupt den beschwerlichen Klageweg anzutreten.

Klagen taugen also nicht, um die rund 20 Prozent Lohnunterschied zwischen Mann und Frau zu bekämpfen. Bund und Sozialpartner lancierten einen Lohngleichheitsdialog. Unternehmen konnten sich freiwillig für Lohnkontrollen melden und es wurde eine Art positives Zertifikat geschaffen. Leider nahmen nur wenige Unternehmen teil, von 66 000 Unternehmen gerade einmal 28.

### Neuer Anlauf

Dem Scheitern des Dialogs folgten Forderungen zur Verschärfung des

Gleichstellungsgesetzes. Der Bundesrat schlug eine Revision vor. Lohnkontrollen alle 4 Jahre, ohne Sanktionen, nur für Betriebe ab 50 Personen zwingend. So wären 2 Prozent der Unternehmen und 54 Prozent der Arbeitnehmenden erfasst.



Der Ständerat wies das Gesetz wieder an die Kommission zurück zur nochmaligen Prüfung der Selbstdeklaration. Wütende Frauen protestierten am 8. März gegen den Altmännerrat. Der Zusammenhang zwischen Vertretung der Frauen in den Räten und Gleichstellungspolitik zeigte sich zu deutlich. In der Beratung wurde als gravierende Verschlechterung die Anzahl Beschäftigte für die zwingenden Lohnkontrollen von 50 auf 100 Angestellte erhöht (45 Prozent der Beschäftigten, 0,85 Prozent der Unternehmen). Dazu die Sonnenergangsklausel, das heisst das Gesetz läuft nach 12 Jahren automatisch aus. Es waren nicht nur die harten Fakten des Gesetzes, die wütend machten. Eine Kostprobe von Hannes Germann: «Ich nehme jetzt das Wort

Lohnpolizei nicht mehr in den Mund, aber ein staatliches Diktat bleibt es natürlich, das mit bürokratischen Aufwendungen verbunden ist, die am Schluss nichts bringen.» Solche Aussagen und die Aussicht auf die zu erwartende Diskussion im Nationalrat beantworteten am 22. September 20 000 Menschen mit einer Demonstration zur Lohnungleichheit. Sie riefen den Nationalrat dazu auf, griffige Massnahmen zu beschliessen.

### Aktiv werden!

Es kam aber noch schlimmer, wie Regula Bühlmann in ihrem Artikel im BULLETIN schreibt. Einmal mehr mussten wir Frauen lernen, dass Geduld uns keine Rosen bringt. Die Prozesse in den männlich und rechtsbürgerlich dominierten Kammern des Parlaments waren eine frustrierende Darbietung. Die Frauen haben genug. Es reicht nicht mehr, eine Demo zu machen und am Abend wieder nach Hause zu gehen. Es braucht eine Massenmobilisierung der

Frauen wie für den ersten Frauenstreik 1991, also einen zweiten Frauen\*streik. Für die Lohnungleichheit, aber auch für Themen wie unbezahlte oder schlecht entlohnte Care-Arbeit, sexuelle Übergriffe, Frauen in der Politik, Aufstiegschancen, Sexismus und alltägliche Diskriminierungen. Die Liste ist unvollständig, die Anliegen der Aktivistinnen umfassen das ganze Leben. Die Bewegung formiert sich im ganzen Land, bald auch in Zug. ■

### Kontakt

Hast du Interesse beim «Frauen\*streik» mitzuwirken?

Melde dich bei [v.koepfli@gmail.com](mailto:v.koepfli@gmail.com)



# Zersiedelung stoppen

Andreas Kretz, Vorstandsmitglied Junge Alternative Zug

**In den vergangenen Jahren ist die Debatte um die Zersiedelung hierzulande zunehmend intensiviert worden. Jedoch weist das Raumplanungsgesetz erhebliche Schwächen auf. Am 10.2.2019 bietet sich der Schweiz eine einmalige Chance: Mit einem Ja zur Zersiedelungsinitiative wird nicht nur die Bauwut in der Schweiz nachhaltig gezähmt, sondern auch das Prinzip nachhaltiger Quartiere in der Bundesverfassung verankert.**

Blicken wir kurz zurück: Im März 2013 haben die Schweizer Stimmberechtigten die Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung mit fast 63 Prozent angenommen. Erklärtes Ziel der Vorlage war es, die Zersiedelung in der Schweiz einzudämmen, indem zu grosse Bauzonen verkleinert und bestehende Baulandreserven besser genutzt werden sollen. Gemäss Gesetz darf Bauland für einen voraussichtlichen Bedarf von 15 Jahren ausgeschieden werden. Sind die Baulandreserven erschöpft, kann die Gemeinde neues Bauland einzonen. Diese Regelung ist aus Sicht des Kulturlandschutzes problematisch, stellt jedoch den Kernpunkt der Vorlage dar.

Hat seit der Abstimmung 2013 eine Trendwende stattgefunden? Aktuelle Zahlen lassen starke Zweifel aufkommen. So zeigen die aktuellsten Daten der Arealstatistik des Bundes, welche in Abständen von zehn Jahren erhoben wird, dass das Siedlungswachstum keinesfalls gestoppt wurde. So hat beispielsweise die Fläche für Gebäude und Verkehr seit der letzten Erhebung 2004/2009 um 10 Prozent zugenommen.

Weiter lässt die Gebäudestatistik des Bundes Rückschlüsse auf den Bodenverbrauch in der Schweiz zu. Diese Statistik misst die Zersiedelung nicht aufgrund der Bautätigkeit als solches, da Bauen unterschiedlich effizient sein kann. Stattdessen berücksichtigt sie die Anzahl der Gebäude sowie deren Art nach Anzahl Geschosse. Sie verdeutlicht, dass der Grossteil des Gebäudeparks in der Schweiz durch drei- und insbesondere durch zweistöckige Gebäude

bestritten wird. Das Wachstum der Gebäudezahl ist fast ausschliesslich auf zwei- und dreistöckige Bauten



Bauprofile, ein alltägliches Bild in der Schweiz.

zurückzuführen. Bei vier- und fünfstöckigen Gebäuden ist praktisch keine Zunahme festzustellen. Dies ist insofern problematisch, als dass letztgenannte Gebäudetypen den Bodenverbrauch am stärksten einzudämmen vermögen.

Die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen greift die Schwächen der Gesetzesvorlage auf. Sie verlangt, dass Neueinzonungen von Bauland durch eine entsprechende Auszonung an einem anderen Ort kompensiert werden. Die Gesamtmenge an Bauzonen soll also konstant bleiben. In diesem Aspekt unterscheidet sich das Volksbegehren deutlich vom aktuellen Raumplanungsgesetz. Weitere Lösungsansätze sind beispiels-

weise die konsequente Förderung nachhaltiger Quartiere wie die Kalkbreite in Zürich oder die Giesserei in Winterthur oder strengere Vorschriften hinsichtlich der Bautätigkeit ausserhalb der Bauzonen. Ziel ist eine qualitativ hochwertige Siedlungsentwicklung nach innen in Kombination mit einer moderaten Aufstockung, welche dem oben beschriebenen Problem der geringen Geschossanzahl entgegenzuwirken vermag.

# Neue Realitäten

Philippe Koch, Politikwissenschaftler und Dozent mit Schwerpunkt Stadtforschung (ZHAW), Zürich

10

**Erstmals seit genau hundert Jahren ist die Linke im Zuger Regierungsrat nicht mehr vertreten. Und nachdem die Alternative – die Grünen (ALG) 28 Jahre einen Regierungsrat bzw. eine Regierungsrätin stellten, muss sich die Partei auf neue Realitäten vorbereiten. Mit diesem Bruch in der Exekutive kontrastiert die Stabilität bei den Zuger Parlamentswahlen. Ein Überblick über die Zuger Wahlen vom Oktober 2018.**

Gottlieb Haller war nicht nur der erste Zuger Regierungsrat ohne Zuger Bürgerrecht – er war ein Aargauer, wie so viele Zuger – sondern mit der Wahl 1918 auch der erste Sozialdemokrat in der Regierung. (Josef Müller-Keiser, Briefträger aus Oberägeri und Zuger Regierungsrat von 1900 bis 1902, war der Erste, der die Arbeiterbewegung repräsentierte, aber nicht die Sozialdemokratie im engeren Sinne.) Seit 1918 – mit einem kurzen Unterbruch in den 1920er-Jahren – ist die Linke im Zuger Regierungsrat vertreten. Das Ende dieser Epoche haben die Bürgerlichen mit der Einführung des Majorzwahlrechts 2013 vorbereitet und mit der neuen Legislatur wird nun dieser Bruch vollzogen.

## Keine Überraschung

Vor vier Jahren konnten die ALG mit der amtierenden Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard den Sitz noch verteidigen. Doch es war schon damals klar und wurde auch auf diesen Seiten festgehalten, dass die Höhe der Majorzhürde für die ALG erst dann richtig sicht- und spürbar wird, wenn keinE BisherigeR ins Rennen geschickt werden kann. Die ALG und ihr Kandidat Andreas Hürlimann konnten die Hürde nicht überspringen. Die Überraschung ist nicht gross, die Enttäuschung dafür umso mehr. Andreas Hürlimanns Wahlergebnis ist sehr gut. 40 Prozent der Wählenden haben seinen Namen auf den Wahlzettel geschrieben. Zum Vergleich: Der kantonale WählerInnenanteil der ALG liegt bei 13,3 Prozent; ALG, SP und Grünliberale schaffen es kantonal auf rund 30,5 Prozent. Aus dieser Perspektive sind 40 Prozent

sehr gut. Aber trotzdem hat es nicht gereicht. Florian Weber, der von allen Bürgerlichen das schlechteste Resultat erreicht hat, hat es auf 46,2 Prozent der Wahlzettel geschafft. Nur in Steinhausen konnte Andreas Hürlimann Florian Weber schlagen, dort dafür sehr komfortabel: 61 Prozent zu 39 Prozent.

Das Resultat der Zuger Regierungsratswahlen ist mit Blick auf andere Kantone nicht aussergewöhnlich. Nach einer langen Phase des freiwilligen Proporz bei Exekutivwahlen sind die Ausmarchungen um Regierungsratssitze zunehmend kompetitiver geworden. Wie der Politikwissenschaftler Daniel Bochsler kürzlich gezeigt hat, gelingt es den links-grünen Parteien oftmals nicht mehr, ihre Regierungsratssitze in bürgerlichen Kantonen zu verteidigen. Bochsler begründet dies damit, dass die bürgerlichen Parteien es vermehrt schaffen, einigermaßen intakte und glaubwürdige Wahlallianzen zu schmieden und dass sie immer seltener freiwillig auf Sitze in der Regierung zugunsten der Linken verzichten. Der schleichende Zerfall der Schweizer Konkordanzdemokratie zeigt sich also auch in den Kantonen und wird von den bürgerlichen Parteien nicht nur in Kauf genommen, sondern aktiv herbeigeführt.

## Mehr WählerInnen

Umso wichtiger werden in diesen Kantonen die Parlamente, um den bürgerlichen Regierungen auf die Finger zu schauen und deren Mitglieder, die nicht nur in Zug Zeichen der Sättigung und der allzu menschlichen Unbedarftheiten zeigen, auf



Impressionen vom Wahlsonntag.

Trab zu halten. Und bei den Parlamentswahlen kann man für die Linke im Allgemeinen und für die ALG im Besonderen von einem Erfolg sprechen, der jedoch nicht zur Euphorie Anlass geben sollte.

Die gute Nachricht vorneweg: Die ALG konnte sowohl bei den Mandaten wie auch beim WählerInnenanteil zulegen. Die ALG (inkl. CSP) hat einen Sitz dazugewonnen und ist neu mit 11 Mitgliedern im Kantonsrat vertreten (siehe Tabelle 1). Der Sitzgewinn geht auf das Konto der Baarer Grünen, die mit Andreas Lustenberger und Ivo Egger neu zwei Vertreter im Kantonsrat stellen. Erfreulich ist auch, dass sich die SP nach dem Einbruch 2014 wieder erholen konnte und neu mit 9 Sitzen (+2) im Kantonsrat vertreten ist. Die GLP bleibt hingegen bei ihren 4 Sitzen. Der Gewinn von 3 Sitzen auf linker Seite geht zulasten aller drei bürgerlicher Parteien: CVP (21), FDP (17) und SVP (18) verlieren je einen Sitz. Damit verfügen sie jedoch im Kantonsrat immer noch über eine komfortable Mehrheit von 75 Prozent.

Betrachten wir nun die WählerInnenanteile. Hier gab es ja nach den Wahlen einige Aufregung in den Medien. Dabei ist die Sachlage für einmal erstaunlich klar. Will man die Wähleranteile über den ganzen Kanton ermitteln, kann man nicht einfach die Parteistimmen jeder Partei aus den

jeweiligen Gemeinden zusammenzählen. Der Grund ist einfach: Die Parteistimmen entsprechen nicht der Anzahl WählerInnen pro Gemeinde, sondern deren Anzahl multipliziert mit der Anzahl Sitze, die in der Gemeinde vergeben werden. Das heisst, jede Baarerin kann 15 Stimmen vergeben, jeder Hünenberger aber nur 6. Um die WählerInnenanzahl zu bestimmen, muss also die Parteistimmenzahl durch die Anzahl Sitze in der jeweiligen Gemeinde dividiert werden. Dies ergibt dann die Anzahl WählerInnen einer Partei. Betrachten wir nun endlich die Wähleranteile (siehe Tabelle 1).

#### Verluste in der Stadt Zug

Die ALG konnte ihre WählerInnenbasis um genau 400 erweitern von 3741 (2014) auf 4141 (2018). Neu liegt der Wähleranteil der ALG bei 13,3 Prozent (+0,5 Prozentpunkte). Dieser leichte Zuwachs ist aber nicht

gleichmässig über den Kanton verteilt. Blickt man in die Gemeinden, zeigen sich Unterschiede, die man diskutieren und im Auge behalten muss (siehe Tabelle 2). In der Stadt Zug verliert die ALG konstant an WählerInnen und auch an WählerInnenanteilen: 2010 lag die Zahl der WählerInnen bei 1382; 2014 noch bei 1245 und in diesen Wahlen nur noch bei 1159. Dies entspricht einem Rückgang des WählerInnenanteils von rund 16 Prozent von 19,2 Prozent (2010) auf 16,2 Prozent (2018). Ebenfalls rückläufig ist die Unterstützung in Oberägeri, wo die ALG mehr als 50 Prozent ihrer WählerInnen zwischen 2010 und 2018 verloren hat. Aber es gibt auch Gemeinden, wo es deutlich aufwärts geht. In Cham konnte die ALG ihren Anteil seit 2010 um mehr als 60 Prozent steigern von 8,1 Prozent (2010) auf 13,1 (2018). In Steinhausen, Cham und Risch gab es gegenüber 2014 einen Zuwachs von rund 25 Prozent.

Betrachten wir die Entwicklung der Wähleranteile bei den Kantonsratswahlen über alle Parteien und über die Zeit, fällt die grosse Kontinuität auf: Bei den bürgerlichen Parteien fällt einzig der Verlust der FDP von 23,2 Prozent (2010) auf nun 20,9 (2018) auf. Die GLP scheint sich bei 5 Prozent zu stabilisieren. Die CVP bewegt sich an der 26-Prozent-Marke, Tendenz sinkend. Die SVP ist nach dem Erfolg 2014 (23,6 Prozent) auf dem Boden der Realität, sprich bei 22,3 Prozent, gelandet. Bleibt noch die SP, die den Verlust von 2014 (von 10,3 (2010) auf 9,3 Prozent) mehr als wettmachen konnte und neu bei 11,8 Prozent liegt. Für Linksrün bedeutet dies, dass man gemeinsam erstmals seit 2006 wieder über mehr als 25 Prozent WählerInnenanteil verfügt. Mit Blick in die Zukunft: Um einen Nationalratssitz mit Sicherheit zu gewinnen, braucht es 25 Prozent und eine Stimme... ■

Tabelle 1: Ergebnis Kantonsratswahlen 2014 und 2018

	ALG		SP		GLP		CVP		FDP		SVP	
	2018	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2014
WählerInnen	4141	3741	3682	2708	1655	1456	7953	7849	6507	6482	6949	6917
Anteil (in %)	13,3	12,8	11,8	9,3	5,3	5,0	25,6	26,8	20,1	22,2	22,4	23,6
Mandate	11	10	9	7	4	4	21	22	17	18	18	19

Tabelle 2: Ergebnis der Kantonsratswahlen der ALG nach Gemeinde (2010-2018, ohne Neuheim)

	2018		2014		2010	
	WählerInnen	Anteil (in %)	WählerInnen	Anteil (in %)	WählerInnen	Anteil (in %)
Stadt Zug	1 159	16,2	1 245	17,9	1 382	19,2
Baar	541	9,3	464	9,2	481	9,3
Cham	469	13,1	362	10,2	281	8,1
Steinhausen	643	25,1	473	19,6	554	22,8
Risch	338	17,1	280	13,7	336	16,8
Hünenberg	264	10,1	221	9,8	(gem. Liste mit SP)	
Unterägeri	247	10,5	185	9,4	(keine eigene Liste)	
Oberägeri	119	7,0	200	12,0	274	15,4
Menzingen	177	10,8	172	11,0	(gem. Liste mit SP)	
Walchwil	46	4,5	32	2,9	(keine eigene Liste)	



# Auffällige Unterschiede

Philippe Koch, Politikwissenschaftler, Dozent mit Schwerpunkt Stadtforschung (ZHAW), Zürich

12

**Im Oktober wurden nicht nur der Kantonsrat und der Regierungsrat neu gewählt. Auch in den Gemeinden gingen die BürgerInnen an die Urne, um ihre VertreterInnen für die nächste Legislatur zu bestimmen. Die ALG konnte ihre Sitze überall verteidigen. Trotzdem gibt es Grund zur Sorge.**

In der Debatte über den Majorzeffekt (Wechsel vom Proporz- zum Majorzwahlrecht 2013) bei den Zuger Wahlen geht oftmals vergessen, dass auch alle Gemeinderäte seit 2014 im



Impressionen vom Wahlsonntag.

Mehrheitswahlrecht gewählt werden. Die Bilanz seit 2010 sieht für die Linke weniger negativ als erwartet aus: Während die ALG und die SP 2010 gemeinsam über 11 Sitze (von total 57) in den kommunalen Exekutiven verfügten, sind es seit den letzten Wahlen noch 9 Sitze. In der gleichen Zeit hat die SVP die Hälfte ihrer Sitze verloren: von 12 (2010) auf nunmehr 6 (2018). Allein bei den diesjährigen Wahlen hat die SVP vier ihrer Sitze (in Baar, Hünenberg, Menzingen und Oberägeri) nicht verteidigen können. FDP und CVP konnten demgegenüber ihre Dominanz weiter ausbauen und haben nun 72 Prozent aller Gemeinderatssitze inne (56 Prozent, 2010).

## Gewinner und Verlierer

Kommen wir zurück zur ALG (und SP). Interessant scheint mir, einen Blick darauf zu werfen, wo die ALG ihre

Sitze in diesem Zeitraum verloren bzw. gewonnen hat: In der Stadt Zug (Verlust des CSP-Sitzes, 2014), Risch (Verlust Gleis-3-Sitz, 2014) und Cham (Verlust des KriFo-Sitzes, 2014); gewonnen wurden 2014 zwei Sitze, einer in Steinhausen (Andreas Hürlimann) und einer in Menzingen (Barbara Beck). Im gleichen Zeitraum hat die SP ihren Sitz in Zug (2018) und Steinhausen (2014) verloren und je einen in Baar (2018) und Cham (2018) hinzugewonnen. Bereits eine oberflächliche Analyse der Zugewinne reicht: Mit grossem persönlichem Engagement und Glaubwürdigkeit lässt sich ein Exekutivsitze auch in jenen Gemeinden gewinnen, in denen die Linke deutlich in der Minderheit ist.

Umso mehr müssen die Verluste in der Stadt Zug zu denken geben. Während die Linke in der ganzen Schweiz nicht nur in den grossen Städten von Erfolg zu Erfolg eilt, sondern immer mehr auch in den mittelgrossen Städten Sitze erobern kann, haben die ALG und die SP zusammen in der Stadt Zug seit 2010 zwei ihrer drei Sitze verloren. Gleichzeitig kommen die ALG und SP zusammen in keiner Zuger Gemeinde auf einen so hohen Wähleranteil (Kantonsrat 32,4 Prozent; GGR 32,8 Prozent) wie in der Stadt Zug; dieser ist seit 2010 sogar noch gewachsen.

Dieses auf den ersten Blick paradoxe Ergebnis (Sitzverlust in eher linksgrünen Gemeinden und Sitzgewinn in den eher nicht-linksgrünen Gemeinden) kann unterschiedliche Gründe haben, welche die ALG aufarbeiten sollte. Naheliegender wäre es etwa, zu argumentieren, dass in linksgrünen Gemeinden die bürgerlichen Parteien geschlossener auftreten, der Parteienwettbewerb zwi-

schen links und rechts mithin polarisierter ist. Doch diese Konstellation hindert die linksgrünen Parteien in anderen Städten nicht daran, Sitze zu gewinnen.

## Verluste in der Stadt Zug

Besonders für die ALG muss die Entwicklung der Stadt Zug zu denken geben. Zwar konnte der Sitz der CSP in der Regierung gehalten werden. Und auch im Grossen Gemeinderat verfügt man immer noch über 7 Sitze und konnte damit das Ergebnis von 2014 wiederholen. Doch mit Blick auf die Entwicklung der Anzahl Stimmen und der Stimmenanteile sieht die Entwicklung nicht rosig aus: 2010 haben knapp 1400 WählerInnen die



ALG gewählt. 2018 waren es noch etwas mehr als 1150. Der WählerInnenanteil ist dementsprechend von 19,5 auf 16,7 Prozent gesunken. Ähnlich sieht das Bild im Kantonsrat aus. Sprich: Der leichte Linksrutsch in der Stadt Zug sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ALG absolut und relativ in der WählerInnenungunst verliert. ■

# Abschied und Neuanfang

Stefan Hodel, Fraktionschef Alternative/CSP im GGR der Stadt Zug

**Zum Jahresende gilt es für die GGR-Fraktion Alternative/CSP, Abschied zu nehmen von zwei verdienten, langjährigen Mitgliedern. Der Jahreswechsel bringt jedoch auch Neuanfänge: In der neuen Legislaturperiode wird unsere Fraktion mit zwei neuen Gesichtern verstärkt – wobei mindestens eines davon den Zugerinnen und Zugern schon länger bekannt ist.**

Bereits vor den Wahlen im Herbst 2018 war klar, dass wir uns Ende Jahr von Astrid Estermann verabschieden müssen. Sehr gerne hätten wir sie zwar als Stadträtin behalten, doch leider ist es nicht so gekommen, wie wir es uns erhofft haben. So wird Astrid nun ab Januar 2018 definitiv nicht mehr an unseren Fraktions-sitzungen teilnehmen. Sie war ein sehr engagiertes Mitglied und immer wieder bereit, sich auch in der Öffentlichkeit zu verschiedensten Themen zu äussern. Ein zentrales Anliegen war ihr der Veloverkehr in der Stadt Zug. Das Velo war damals, als sie von Luzern nach Zug kam, auch ihr Türöffner zur Politik: Ihr Engagement bei Pro Velo machte sie bekannt. Wir sind sicher, dass uns Astrid nicht verloren geht und wir früher oder später wieder auf ihre Hilfe, auf ihr fundiertes Wissen, auf ihre Zuverlässigkeit und auf ihr Engagement zählen können.

## Danke, Susanne!

Erst nach der Wahl hat sich Susanne Giger entschieden, die neue Legislaturperiode im GGR nicht mehr zu beginnen. Susanne, die bei den Wahlen am 7. Oktober von uns allen das beste Resultat machte, will ihre Prioritäten anders setzen. Susanne war ab 2007 im Grossen Gemeinderat und gehörte ab 2010 zu unserer Fraktion, wo sie verschiedene Vorstösse einreichte. So war ihr das Weiterbestehen der Galvanik ein wichtiges Anliegen und mit einer Motion leistete sie einen Beitrag zum Erhalt des Doppelhauses an der Rigistrasse 6. Gar nicht glücklich machte sie der Wegzug der Hauptpost, auch zu diesem Thema reichte sie Vorstösse ein. Susanne vertrat uns zudem jahrelang in der

Bau- und Planungskommission – und nicht zuletzt machte sie bei den Wahlen immer sehr gute Resultate. Auch Susanne hat ein herzliches Dankeschön mehr als verdient!



Liebe Astrid, wir hoffen, dass uns dein Engagement noch lange erhalten bleibt!

## Wieder- und Neuwahl

Es freut uns sehr, dass es ein Wiedersehen mit Patrick Steinle gibt. Nach acht Jahren Pause konnten wir ihn überzeugen, wieder für den GGR zu kandidieren. Die Überraschung war nicht gross, als er dann auch wirklich wiedergewählt wurde. Er kann seine guten Ideen nun direkt im Gemeinderat vorbringen, den Ratsbetrieb kennt er ja bereits. Willkommen zurück, Patrick! Die zweite neue in der Fraktion, Michèle Willimann, ist zwar neu im Parlament, in Zug jedoch schon lange engagiert: Die Präsidentin des Vereins Waldstock und des Orchesters Cham-Hünenberg bringt als Raumplanerin Berufskennnisse mit, die besonders in den nächsten vier Jahren im Rahmen der anstehenden Ortsplanungsrevision sehr

gefragt sein werden. Sie hat sich bereiterklärt, in der Bau- und Planungskommission (BPK) mitzuarbeiten. Wir freuen uns sehr, sie in unsere Fraktion aufzunehmen.

## Gelungene Mischung

Weiterhin bei uns dabei ist Ignaz Voser von der CSP. Wie schon in den letzten Jahren wird die BPK von seiner grossen Erfahrung profitieren können. Kaum einer kennt

unsere Stadt so gut wie er. Barbara Müller Hoteit, ebenfalls CSP, sieht ihre politischen Schwerpunkte im Bereich Volksschule. Als Schulleiterin in unserem Nachbarkanton hat sie immer wieder Vergleichsmöglichkeiten. Tabea Zimmermann brauche ich niemandem vorzustellen. Wenn alles gut geht, wird sie Anfang Januar im zweiten Anlauf zur Vizepräsidentin des Grossen Gemeinderates gewählt. Bevor es jedoch so weit ist, wird Monika Mathers als dienstälteste Gemeinderätin die neue Legislaturperiode eröffnen. Auch sie gehört bekanntlich seit vielen Jahren zu unserer Fraktion. Als Fraktionschef freue ich mich sehr, in der kommenden Legislaturperiode mit dieser gelungenen Mischung aus erfahrenen und frischen Kräften zu arbeiten! ■

# Manuela Weichelt-Picard

Hanspeter Uster, a. Landammann (2001/2002)

14

**Vor zwei Jahren ist Manuela Weichelt-Picard zur zweiten Frau Landammann der Zuger Geschichte gewählt worden. Bei meiner Gratulationsrede im alten Kantonsspital lud ich die Festgemeinde und die Frau Landammann zu einer Wanderung ein.**

«Stundenlange Waldungen, ungeheure Allmenden und eine Menge einzelner Häuser. Dazu kommt noch die geringe Anzahl von Landjägern und die Gunst der Grenzen. Gegen Schwyz die Höhlungen des Schutts zu Goldau und die Unwegsamen am Rigi und Murliberg; gegen Luzern das Kiemenholz und der Rothberg; gegen Aargau die Reuss, wo die Schiffer aus Gewinnsucht, Erbarmen oder Furcht volle Ladungen [von Heimatlosen] her- und hinübersetzen; gegen Zürich die Waldungen an der Syhl.»

Geburt, Mischehe, Glaubensübertritt, Scheidung, Straffälligkeit. Und die Folgen: Ausgrenzung, Armut, Rechtlosigkeit.

Die Verantwortung für die Heimatlosen des 21. Jahrhunderts wahrzunehmen, ist eine der vornehmsten – und schwierigsten – Aufgaben in einer Regierung. Manuela Weichelt Picard hat ohne Wenn und Aber in der Direktion des Innern dafür gesorgt, dass für diese Menschen gesorgt wird.

Ein Leserbrief eines SVP-Vorstands-

bürgerlichen Regierungsmehrheit war nicht einmal in den viel gelesenen Kolumnen des BULLETIN zu finden.

Der einleitend zitierte alte Text umfasst einen grossen Teil der Aufgaben der Direktion des Innern: Bürgerrecht und Zivilstand, Sozialhilfe, die KESB, die Asylfürsorge, Wald, Jagd und Fischerei, die Gemeinden und die entsprechenden Aufsichtsaufgaben, Gleichstellung, Grundbuch und Vermessung. Dazu die Aufsicht über die von der Staatskanzlei operativ geleiteten Wahlen und – wer hat nicht darüber gelesen – der Denkmalschutz.

Die Direktion des Innern war federführend für die Einführung eines gerechten Wahlsystems, bei dem jede Stimme gleich gewichtet wird. Dass auch der Majorz bei den Regierungsratswahlen eingeführt wurde, hatte bei den aktuellen Regierungsratswahlen entsprechende Auswirkungen.

## Wiederwahl 2014

Dank ihrer Arbeit und dem Bisherigen-Bonus schaffte Manuela die Wahl im Jahr 2014. Es wird eine grosse Aufgabe sein, im Rahmen des Majorzverfahrens wieder einen Regierungssitz erreichen zu können. Wir sind als Alternative – die Grünen für die Wahlen 2022 ganz besonders gefordert. Die Geldquellen für einen riesigen Werbeaufwand fehlen uns, deshalb können wir «nur» auf Inhalte und Persönlichkeit setzen.

Ebenfalls in der Regierungszeit von Manuela wurde das Gleichstellungsgesetz eingeführt, das Bürgerrechtsgesetz modernisiert und das Sozialhilfegesetz modernisiert. Neu kamen das Geoinformationsgesetz und das Gesetz über Soziale Einrichtungen dazu, wie auch die definitive Einführung des Kinderbetreuungsgesetzes sowie die Änderungen der Gesetzgebung im Hinblick auf die Einführung der KESB.

Doch nicht nur auf der Gesetzebene



... ansteckendes Lachen.

Mit diesen Worten hat im Jahr 1824 einer meiner ersten Vorgänger als Polizeidirektor die Grenzen des Kantons Zug beschrieben. Sie ähneln Szenen auf der Balkanroute oder aus dem Mittelmeerraum. Die Flüchtlinge waren keine Asylsuchenden, sondern Heimatlose, und die Schleppe bodenständige Aargauer.

«Heimatlose» ist der Begriff gewesen für alle Schweizerinnen und Schweizer, die ihr Bürgerrecht verloren hatten: Die Gründe dafür: Uneheliche

mitglieds im Jahr 2008 zur interimistischen Anstellung von Lukas Niederberger im Asylbereich hielt fest:

«Wir meinten mit fünf gestandenen Menschen ein Gremium gewählt zu haben, das das alternative, doppelköpfige Raubtier zu domestizieren wisse. Nun müssen wir entsetzt feststellen, dass Manuela Weichelt Picard die Zirkusdirektorin ist und unsere gestandenen, bürgerlichen Männer nur Stubentiger und Lämmchen sind.»

So spitzig akzentuierte Kritik an der



war Manuela engagiert und aktiv: Sie veranlasste erstmals einen Sozialbericht und liess die Geschichte der Sozialen Fürsorge wissenschaftlich aufarbeiten. Ich habe von Menschen, die in den Fünfziger-Jahren administrativ versorgt worden waren, immer wieder gehört, wie dankbar sie über diese Aufarbeitung und die damit ausgedrückte Anerkennung sind, dass ihnen Unrecht geschehen ist. Manuela war sich auch bewusst, dass die Asylfrage für den Kanton Zug zentral ist; der reichste Kanton im reichsten Land der Welt hat eine besondere Verantwortung gegenüber Flüchtlingen, gerade wenn man auch die nach Zug kommenden Finanzströme einbezieht.

#### Von Rohstoffhandel bis Waldhütten

Das Rohstoffdilemma ist ein zentrales Thema für den Kanton Zug: Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz hat es so formuliert:

*«Der Wohlstand der rohstoffreichen Entwicklungsländer hängt davon ab, wie viel Geld sie für ihre Bodenschätze erhalten. Die Ertragskraft der reichen Konzerne in den Industriestaaten hängt davon ab, wie wenig sie dafür zahlen.»*

Aus einer gesamtheitlichen Sicht handelnd – das Wohl der Flüchtlinge und die Verantwortung unseres Kantons – packte Manuela die Reorganisation der Abteilung Asyl an, die, zusammen mit den Gemeinden, den grossen Anstieg an Zuweisungen 2015 und 2016 bewältigte. Sie liess auch sämtliche potenziell schützenswerten Denkmäler in allen elf Einwohnergemeinden inventarisieren, und im Wald erfolgte eine Bereinigung von über 100 illegalen Hütten, die vorher einfach geduldet worden waren.

#### Die Persönlichkeit Manuela

Die konsequente, soziale und rechtsstaatliche Arbeitsweise von Manuela stiess nicht immer auf die Zustim-

mung von Beteiligten und politischen Parteien. Aber Manuela zog fachlich fundiert und mit dem ihr eigenen Umsetzungswillen diese Projekte durch, auch wenn sie nicht immer Erfolg damit hatte.

Manuelas Vater ist früh verstorben und hat ihr viel bedeutet; sie erwähnte das ausdrücklich in ihrer Ansprache im Kantonsrat nach der Wahl zur Frau Landammann. Bei seiner Beerdigung, so hatte sie mir erzählt, hätte fast niemand in der Kirche gesungen. Manuela hatte die Lieder

mannfunktion – ist aber die Leitung der Sitzungen des Regierungsrates. Hier den Spagat zu machen zwischen dieser Leitungsaufgabe, den Geschäften der eigenen Direktion und der Position als einzige Frau und Linke, brauchte viel Energie; da kann ich aus eigener Erfahrung sprechen.

Zum Schluss eine Erinnerung an den Sommer 2005: Damals besprachen Manuela, Arnim, Kathrin und ich bei uns auf der Terrasse, wie das Leben mit einer Berufspolitikerin oder einem Berufspolitiker an der



Manuela fand auch den Kontakt zur Basis.

nach den Texten und nicht nach der Melodie ausgewählt. Ein solcher Ansatz war auch in ihrer Arbeit immer wieder zu spüren und zeugt davon, dass ihr das Produkt wichtiger ist als der Aufwand um einen möglichst guten Verkauf.

In der Öffentlichkeit wurde Manuela wahrgenommen, gerade auch wenn es um kontroverse Fragen ging, und das ist für ein linkes Regierungsmitglied eine Chance. In den letzten zwei Jahren hatte Manuela in ihrer Funktion als Frau Landammann entsprechende Auftritte; sie hat diese Zeit – so streng es auch war – auch immer wieder geniessen können. Die Herausforderung – für jedes Regierungsmitglied in der Landam-

Seite und dazu noch mit zwei schulpflichtigen Kindern bewältigt werden kann. Es ist wirklich eine grosse Aufgabe, all diese Anforderungen unter einen Hut zu bringen; und dass Manuela sie bewältigen konnte, trotz viel Arbeit, freut mich.

Ich wünsche Manuela und ihrer Familie viel Freude im neuen Lebensabschnitt und alles Gute! Eines kann ich versichern: Es gibt ein Leben nach der Regierungszeit. ■

#### Persönliche Bilanz

Eine persönliche Bilanz von Manuela wird der März-Ausgabe des BULLETINS erscheinen.

# Neue Schlupflöcher

Yannick Ringger, Vorstandsmitglied VPOD Zug

## 16 Im Herbst haben National- und Ständerat die Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF) verabschiedet. Gegen den Kuhhandel, bestehend aus massiven Steuersenkungen für Unternehmen und einer temporären finanziellen Sicherung der AHV, wurde von verschiedenen linken Organisationen das Referendum ergriffen.

Im Februar 2017 hat die Schweizer Stimmbevölkerung die Unternehmenssteuerreform III (USR III) mit beinahe 60 Prozent versenkt und sich somit deutlich gegen weitere allgemeine Steuersenkungsrunden ausgesprochen, die zulasten von öffentlichen Dienstleistungen und der grossen Mehrheit der Bevölkerung gehen. Da die Schweiz auf internationalen Druck hin die bisherigen Sondersteuerregime für Statusgesellschaften bis Ende 2018 abschaffen muss, haben die eidgenössischen Räte mit der Steuervorlage 17 eine neue, kaum veränderte Auflage der Vorlage präsentiert, bevor diese in einem Deal, der den staatspolitischen Grundsatz der Einheit der Materie schwer verletzt, mit einem finanziellen Zustupf an die AHV verknüpft wurde.

### Zukunftsweisender Vorschlag zur Stärkung der AHV

Die AHV-Finanzierung sieht eine Stärkung der Einnahmenseite der ersten Säule um jährlich 2 Milliarden Franken vor. 1,2 Milliarden Franken werden durch die Erhöhung der Lohnprozente um 0,3 Prozent (je 0,15 Prozent der Unternehmen und Lohnabhängigen) generiert, zusätzliche 800 Millionen Franken schießt der Bund ein. Dadurch könnte die AHV für einige Jahre finanziell gesichert werden – diese Massnahme weist den Weg, wie der vorübergehende Engpass bei der AHV-Finanzierung in den nächsten rund zwei Jahrzehnten sozialverträglich behoben werden kann.

### Auf drei Ebenen fatale Auswirkungen

Allerdings wäre der Preis, der für diese drei- bis vierjährige Sicherung

der AHV beim vorliegenden Deal bezahlt werden müsste, exorbitant. Denn das Filetstück der Vorlage – sowohl im Hinblick auf die unmittelbaren Kosten als auch die langfristigen Auswirkungen – betrifft die Steuerreform, welche der USR III im Kern stark ähnelt. Trotz ein paar Verbesserungen wie der Beschränkung der zinsberechtigten Gewinnsteuer und der steuerfreien Rückzahlung von Kapitaleinlagen durch Unternehmen an ihre AktionärInnen sowie der Verkleinerung des möglichen steuerlichen Abzugs von GrossaktionärInnen würde sie sich fatal auswirken. Auf die Bevölkerung in der Schweiz, jene im globalen Süden und die Perspektiven einer Linken, die endlich ein entschlossenes Gegenprogramm zur (noch) vorherrschenden neoliberalen Hegemonie verfolgen sollte.

### Kahlschlag beim Service public?

Kommt die STAF-Vorlage durch, drohen dem Bund Steuerausfälle in Milliardenhöhe. Die Ausfälle werden momentan auf 2 Milliarden Franken geschätzt – von einer «Gegenfinanzierung» kann nicht gesprochen werden. Unter Druck dürften insbesondere Bereiche des Service public geraten. Hinzu kommen die schwer abschätzbaren Ausfälle auf kantonaler Ebene. Der Bund stachelt die Kantone mit einer Kompensationsmilliarde dazu an, die Gewinnsteuern für sämtliche Unternehmen zu senken. So haben bereits mehrere Kantone weitere Steuersenkungen angekündigt. Die vom Bund versprochenen Mittel werden die dadurch neu entstehenden Löcher bei den Kantonen nicht annähernd stopfen

können. So haben Auswertungen von elf Kantonen im Vorfeld der USR-III-Abstimmung ergeben, dass diese Stände bei ihren Steuersenkungsrunden insgesamt mit Ausfällen in der Höhe von beinahe 3 Milliarden Franken gerechnet haben – dies wird bei der STAF kaum anders aussehen. Deshalb müsste, auch in Zug, mit weiteren allgemeinen Abbaupaketen gerechnet werden, welche insbesondere die ArbeiterInnen treffen würden. Gewerkschaften wie die Unia oder der VPOD stellen sich folglich gegen die Vorlage.

### Ausbeutung von Entwicklungsländern

Noch drastischer wären die Folgen und die Signalwirkung der STAF auf internationalem Parkett. Gemäss Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) entgehen den Entwicklungsländern wegen Steuerparadiesen jährlich rund 200 Milliarden US-Dollar an potenziellen Steuereinnahmen – gemäss Berechnungen des Denknetzes ist alleine die Schweiz für 35 Milliarden Franken verantwortlich. Mit der STAF wird das Problem des globalen Steuerdumpings und die dabei führende Rolle der Schweiz nicht eingedämmt, sondern weitergeführt. Eine Studie der Alliance Sud, des Think-and-Do-Tanks verschiedener Entwicklungsorganisationen, zeigt eindrücklich auf, wie mit der neuen Vorlage neue Steuerumgehungsvehikel für Grosskonzerne geschaffen werden – unter anderen Namen und in modifizierter Form (Stichwort «Swiss Finance Branches»).

Das Problem an Steuerumgehungs-möglichkeiten wie der Patentbox, der Subvention von Forschung und Entwicklung, dem Abzug auf Eigenfinanzierung oder der steuerfreien Aufdeckung stiller Reserven besteht darin, dass sie die Bemessungsgrundlage – des Anteils der Gewinne, der versteuert werden muss – tiefhalten. In der Schweiz ansässige multinatio-



Neuer «Milliarden-Bschiss» – die Steuervorlage 17 ist auch nicht besser als ihre Vorgängerin.

nale Konzerne konnten alleine durch die Geschäfte ihrer Statusgesellschaften zwischen 2012 und 2014 einen Gewinn in der Höhe von 56 Milliarden Franken pro Jahr ausweisen. Versteuert wurden diese zu einem mittleren effektiven Steuersatz von 10 Prozent, was weltweit nur von Hongkong unterboten wird. Dadurch kann die Schweiz mittelfristig nicht genügend Steuereinnahmen generieren und gräbt gleichzeitig anderen Staaten dringend benötigtes Steuersubstrat ab. Die neue Steuervorlage verschärft diese Entwicklung und ist somit der Inbegriff einer im Kern zutiefst unsozialen Vorlage, welche die ArbeiterInnen in der Schweiz gegen jene im globalen Süden ausspielt – mit dem Resultat, dass beide verlieren.

#### Die Mär von der fehlenden Alternative

Die Schweiz muss ihre Sondersteuerregime für Statusgesellschaften bis Ende 2018 abschaffen – ansonsten

drohen Sanktionen. Dies ist ein überfälliger Schritt, soll die Linke jedoch nicht dazu verleiten, einer Vorlage zuzustimmen, die neue Schlupflöcher legalisiert und somit den internationalen Steuersenkungswettbewerb weiter anheizt. Das Referendum bietet die Möglichkeit für eine Kehrtwende in der Steuerpolitik. Dass die Stimmbevölkerung dies will, hat sie bei der Abstimmung über die USR III eindrücklich bewiesen. Es ist eine Mär zu glauben, dass es keine bessere Alternative zum vorliegenden Deal geben würde. Wer so argumentiert, folgt blind neoliberalen DogmatikerInnen, welche ihre Weltordnung als unerschütterlich betrachten. Eine fortschrittliche Linke wehrt sich mit Vehemenz gegen eine solche Haltung – indem sie erkennt, dass der Kampf gegen das global entfesselte Kapital nur mit einer internationalistischen, nachhaltig orientierten Perspektive erfolgreich geführt werden kann. Dabei geht es nicht um Symbolpolitik, sondern um das Bewirken realer

Veränderungen. Denn die Schweiz hat als Staat, der im globalen Steuersenkungswettbewerb das «race to the bottom» in Richtung Nullpunkt wesentlich beschleunigt, das Heft in der Hand, um diese Abwärtsspirale aufzuhalten. Kein anderer Staat bietet für multinationale Konzerne so viele Standorte mit derart tiefen effektiven Unternehmenssteuern wie die Schweiz – die Führungsrolle der hiesigen Kantone im globalen Steuerwettbewerb und die Auswirkungen von deren Politik sollten nicht unterschätzt werden.

Eine neuerliche Ablehnung der Steuerumgehungsvorlage, verbunden mit ersten Sanktionen gegen das Sondersteuerregime, mag die Bürgerlichen dazu bewegen, die Anliegen der Stimmbevölkerung und der progressiven linken Kräfte bei einer Neuausarbeitung von Beginn an ernst zu nehmen – im Sinne einer überfälligen Kehrtwende in der Steuerpolitik, der UNO-Nachhaltigkeitsziele 2030, eines starken Service public und einer nachhaltigen, global ausgerichteten Politik. Wo, wenn nicht in der Schweiz mit ihrem globalen Einfluss in der Unternehmenssteuerpolitik und ihren direktdemokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, soll eine solche Trendwende eingeleitet werden? ■



# Mobilität der Zukunft

Hansruedi Küttel

18

**Wie sieht die Mobilität in Zukunft aus? Was bringt der technologische Wandel mit autonomem Fahren, Elektrofahrzeugen und smarten Verkehrskonzepten? Die Schweizerische Energiestiftung SES behandelte diese Fragen an einer Fachtagung im September. Fazit der Tagung: Nicht die Zukunft beherrscht heute das Bild, sondern die Strukturen der Vergangenheit: Übermotorisierte Autos, Stau, Lärm, hoher CO<sub>2</sub>-Ausstoss und Energieverbrauch. Eine ökologische, sozialverträgliche und zukunftsweisende Mobilität ist möglich. Sie muss aber rasch aufgegleist werden. Für die Verkehrs- und Energiepolitik gilt es, die Weichen richtig zu stellen, um mobil zu bleiben. Also vorwärts: Vermeiden, verlagern, verbessern.**

Energiepolitik ist Verkehrspolitik. Der Verkehr ist einer der grössten Energieverbraucher, er ist für einen Drittel des Endenergieverbrauchs verantwortlich. Er verursacht auch rund einen Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Schweiz. Zur Energiewende gehört also eine Verkehrswende. Dabei müssen wir in zwei Richtungen aktiv sein: Einerseits eine Antriebswende erreichen und andererseits unsere Mobilität neu denken.

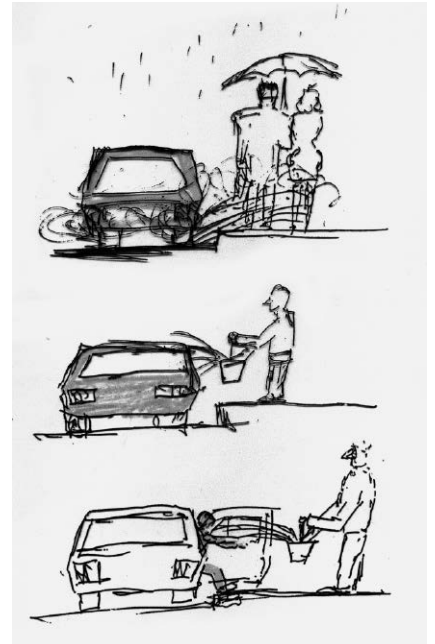
## Bedürfnisse und Gewohnheiten

Unter dem Titel «Die Verkehrswende beginnt im Kopf» erläuterte Prof. Hermann Knoflacher die permanente Baustelle Hirn, wo heute grosse Bereiche durch den Begriff «Auto» besetzt seien und deshalb einiges an Energieaufwand nötig sei, um die Verkehrswende zur geistigen Mobilität zu erreichen. Die Entwicklung des Menschen und seiner Kultur (Jäger und Sammler – Gartenbau – Landwirtschaft – Siedlungen – Sozialisierung – Kultur – Zivilisation) basierte sehr lange ausschliesslich auf Solarenergie. Die Städte wurden während 7000 Jahren für FussgängerInnen konzipiert und weiterentwickelt. Die Transportmittel auf Basis von fossiler Energie, wie wir sie seit etwas mehr als 130 Jahren nutzen, erlaubten schnellere und längere Fahrten. Aber wozu? Eigentlich bleibt die Anzahl Wege pro Person und Tag konstant, unabhängig von unseren Transportmitteln. Unser Zeitbudget für Mobilität ist ebenfalls eine Konstante,

durch Geschwindigkeit kann man es nicht ändern. Wir fahren einfach mehr oder weiter weg. Diese grössere Reichweite erkaufen wir uns teuer (Finanzen, Ressourcen, Umwelt). Und noch etwas: Parken bei der Wohnung macht aus Menschen Autofahrer (s. Kasten 2). Wo also ansetzen für Veränderungen? Nur mit neuen Vorstellungen von Mobilität (kurze Wege, weniger Fahrten) und einer Antriebswende (fossil- und emissionsfreie Antriebe) werden wir es schaffen. Mittel auf diesem Weg sind sicher attraktive Velowege, gut ausgebauter ÖV und Vortritt für Fussgänger. Dazu muss sich das Wertesystem der Gesellschaft verändern. Wie Knoflacher sagt: Sie sind in der Lage, die Verkehrswende zu realisieren – vorausgesetzt Ihr Kopf funktioniert.

## User-Mentalität

«Morgen unterwegs sein – vom Verkehr zur Mobilität» lautete die Überschrift zum Referat von Marta Kwiatkowski Schenk. Sie sprach von zentralen Verschiebungen, die wir gerade erleben. Aus Konsumenten werden User, unser Fokus verschiebt sich von der Hardware zur Software und vom Produkt zur vernetzten Dienstleistung. Warum also nicht auch vom Verkehr zur Mobilität? Wir brauchen nicht einen Gegentrend, sondern eine Kehrtwende. Leider schlägt heute noch Routine die Spontaneität, wir basteln lieber weiter herum am bisherigen System. Aber nach dem Jahrhundert des Autos muss jetzt das



Professor Knoflacher fragt, was wir als «normal» betrachten.



Prof. Knoflacher demonstriert den Raumbedarf eines Autos.

Jahrhundert der vernetzten Mobilität folgen. Menschen und Maschinen werden Teil eines lernenden Systems, denn Mobilität wird beeinflusst von digitalen Innovationen, die das Verhalten der Endnutzer verändern. Das wird eine Individualisierung im Service public ermöglichen, sodass wir mit der User-Mentalität künftig in Journeys denken statt in Fahrplänen. Die heutigen industriellen Strukturen in der Mobilitätsbranche sind zu überwinden, föderalistische Prozesse müssen gegen die globalen Player gewinnen.

### Kosten und Ressourcen

«Verkehr frisst Raum, Zeit und Energie» meinte die beim VCS für Verkehr und Kommunikation zuständige Bereichsleiterin Stéphanie Penher.

Raum: Ein Drittel unserer Siedlungsfläche sind Strassen und für jedes in der Schweiz eingelöste Auto stehen insgesamt 2,5 Parkplätze zur Verfügung.

Zeit: Neben den Zahlen für Stauzeiten werden andere Zeiten vernachlässigt. Verlorene Lebensjahre der Unfallopfer, Spitaltage wegen Erkrankungen durch Luftverschmutzung und Lärm, Krankheitstage von Kindern mit Asthmasymptomen gehören auch in die Gesamtbetrachtung.

Energie: In der Energiestrategie 2050 zielen bisherige Massnahmen ausschliesslich auf die Haushalte. Diese haben mit 28 Prozent Anteil am gesamten Energiebedarf tatsächlich einen wesentlichen Einfluss, aber Verkehr und Transport mit einem Anteil von 36 Prozent wären da auch ins Visier zu nehmen. Immer noch werden grosse Strassenbauvorhaben geplant und realisiert, obwohl klar ist, dass «wer Strassen sät, erntet Verkehr». Bei der Luftbelastung durch CO<sub>2</sub> fällt zudem auf, dass der Flugverkehr in der Statistik fehlt, obwohl er mit etwa 9 Prozent ein nicht vernachlässigbarer Player ist. Bisher wurden in der Energiestrategie 2050 keine Massnahmen beim Flugverkehr ergriffen, er profitiert weiterhin vom Steuergeschenk der Mineralölsteuerbefreiung für Auslandsflüge.

Unsere Verkehrspolitik müsste die Nachfrage steuern (vermeiden), den Fuss- und Veloverkehr fördern (verlagern) und Solarstrom in Zusammenhang mit Elektroautos fördern (verbessern).

### Steuerungsmassnahmen

Dr. Daniel Müller-Jentsch von Avenir Suisse referierte zu «Mobility Pricing – Wege zu Kostenwahrheit im Verkehr». Die gefahrenen Personenkilometer auf Schiene und Strasse zeigen, dass der Verkehr schneller wächst als Wirtschaft und Bevölkerung. Auf

die wachsende Mobilitätsnachfrage wird mit einem subventionierten Kapazitätsausbau reagiert. Ökonomisch betrachtet führen die Subventionen zu einer Übermobilität, wegen Verkehrsspitzen Staukosten und ineffiziente Kapazitätsauslastung. Das föderale Wunschkonzert führt zu Fehlallokation der Finanzmittel. Ökologisch gesehen sind neben den Klimagasemissionen auch die Effekte der Zersiedelung, des Flächenverbrauchs und des Ressourcenverbrauchs für Infrastruktur und Rollmaterial zu beachten. Die Gesellschaft trägt schlussendlich die hohen Kosten und Umweltschäden. Deshalb sollen Infrastrukturerweiterungen im Nationalstrassennetz künftig abhängig von der Verkehrsdichte gemacht werden, also nicht in Randregionen. Neue Technologie (Antriebe, Digitalisierung und Verkehrsmanagement) und Mobility Pricing sollen weitere Verbesserungen bringen. Mit Mobility Pricing könnte die Verkehrsfinanzierung statt als Steuer als Gebühr gesehen und durch die tatsächlichen Nutzer getragen werden. Davon verspricht man sich Kostenwahrheit und Verkehrsvermeidung. Mit variablen Preisen sollen Verkehrsbelastungsspitzen geglättet werden. Dass sich Dr. Daniel Müller-Jentsch bei den weiteren Ausführungen zu Mobility Pricing ausschliesslich mit den Belastungsschwankungen beim öffentlichen Verkehr, insbesondere bei der Bahn, befasste, wurde vom Publikum mehrfach mit deutlich hörbarem Rausen quittiert. Seine Botschaft, Mobility Pricing sei der «Missing Link» im System, kam nicht wirklich an.

### Andere Stadt

In der anderen Stadt verkehren möchte der Autor Marcel Hänggi, nämlich in der Stadt, die uns die meisten Autoinserate zeigen: Es ist jeweils eine Stadt, in der es nur das beworbene Auto gibt, ganz einsam. Es gibt in dieser Stadt breite Strassen, in denen es sogar Platz hat für domestizierte Kinder, natürlich alles angepasst an

das Auto. Der Begriff «Familie» regt ihn auch zu Zahlenspielen an. Die Ausgaben einer Familie für Nahrung sanken seit 1945 von 36 Prozent auf heute 8 Prozent, die Ausgaben für Verkehr stiegen von 3 auf 9 Prozent des Budgets. Mobility Pricing bezeichnet er als asozial, denn es schmerze nicht alle gleich, wenn sie mehr bezahlen müssen. Die für Strassen und Parkplätze genutzte Fläche bezeichnet er als missbrauchte Allmendfläche, die dem Verkehr geopfert wurde. Eine zufällige Begegnung von Auto und Fussgänger im öffentlichen Raum bezeichne man als Unfall, was ziemlich doppeldeutig sei.



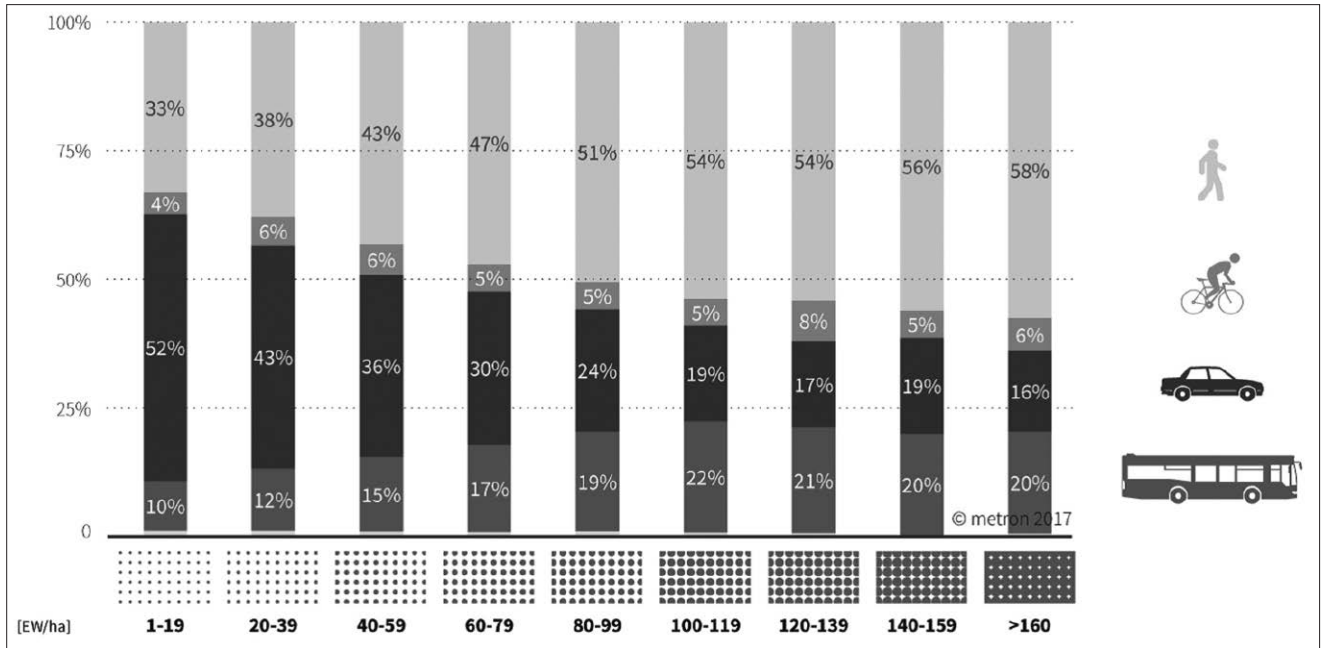
Einsames Auto in der «anderen Stadt».

### Verkehr als Dienstleistungsangebot

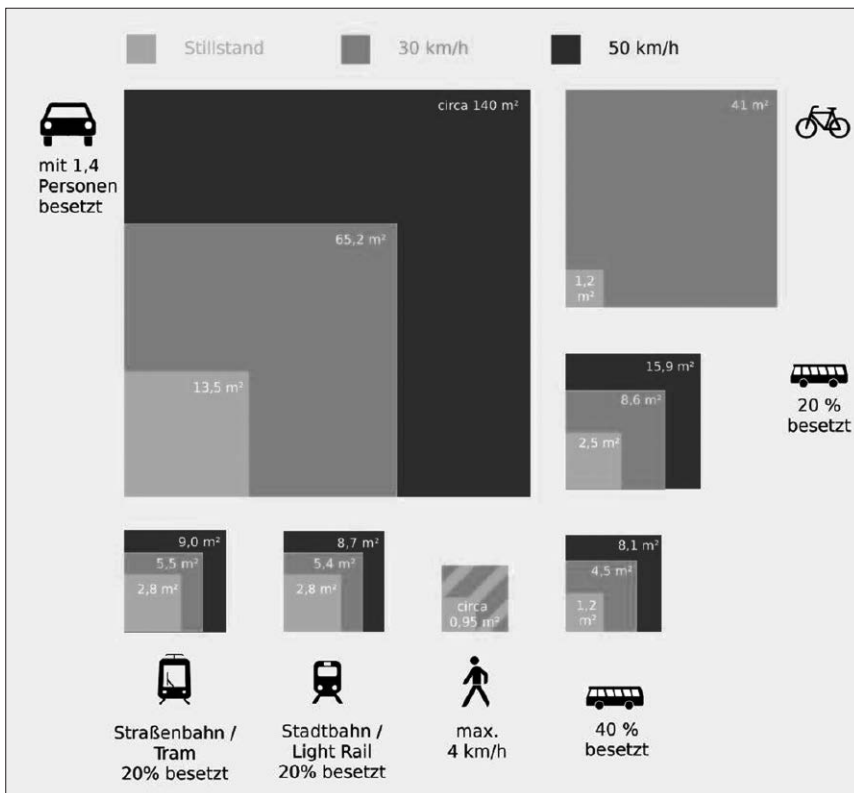
Dr. Sven Kohoutek erwartet künftig Lösungen, welche Mobilität als Service anbieten. Der Kunde soll sich nicht um die Hardware kümmern, der Anbieter liefert die nötigen Leistungen, um den Kunden zum gewünschten Zeitpunkt von A nach B zu bringen. Neue Dienstleistungsangebote bei der Mobilität seien der Schlüssel für mehr Effizienz und weniger Energieaufwand. PostAuto beschäftigt sich in verschiedenen Geschäfts- und Lernfeldern mit Konzepten, digitalen und physischen Lösungen für neue Angebote wie On-Demand-Mobility. Dazu sind Leistungen verschiedener Partner miteinander zu verbinden und zu vernetzen. Pool-Lösungen sollen in Pilotprojekten getestet und evaluiert werden.

### Nachhaltige, multimodale Mobilitätssysteme

Die Energiewende verlange nachhaltige Verkehrssysteme, sagte Dr. Merja



Modalsplit je nach Besiedlungsdichte am Wohnort.



Platzbedarf der verschiedenen Verkehrsmittel.

Hoppe von der ZHAW, doch die Gefahr sei gross, dass wir im bisherigen Trott weitermachen, da und dort kleine Verbesserungen realisieren, statt ein neues System zu entwerfen. Fehlt uns der Mut zu Skizzen und Utopien? Die Bilder für die zukünftige Mobilität sehen seit Jahren gleich aus, alle Hoffnung liegt ausschliesslich in der Technologie. Es genügt nicht, die Effizienz zu verbessern, wir müssen uns an der Suffizienz orientieren. Dazu brauchen wir neben neuen technischen Lösungen gesellschaftliche Veränderungen, beispielsweise mehr Akzeptanz für Sharing-Modelle. Das geht aber nicht, solange gemäss Knoflacher (s. oben) das Hirn noch vom Auto besetzt ist. Um einen Wandel zu erleichtern, sollten wir die Bezeichnung «Langsamverkehr» aus unserem Vokabular löschen, denn sie ist in der heutigen Welt negativ besetzt. Eine geeignete Bezeichnung wäre «Aktivverkehr», also Fortbewegung als Aktivität des Menschen betrachten. Ein Wandel von Werten ist nötig, statt Lebensstandard soll Lebensqualität bewertet werden, statt



Wohlstand Wohlbefinden. Wir müssen vom Verbrauchen zum Verwenden wechseln, von Automobilität zu individualisiertem ÖV, indem wir nicht nur Effizienz anstreben, sondern uns mit Suffizienz begnügen.

### Entschleunigung der Mobilität

Die Verkehrsplanerin Denise Belloli plädierte für eine Entschleunigung der Mobilität. Langsamer ist sparsamer, effizienter. Neue Erhebungen zeigen, dass – unabhängig von der Besiedelungsdichte – für die Mobilität ein täglicher Aufwand von 75 Minuten und durchschnittlich 3,5 Fahrten üblich sind, minim weniger in sehr dicht besiedeltem Gebiet. Je dichter die Besiedelung, desto höher der Anteil Fussverkehr (33 bis 58 Prozent), im Gegenzug der Anteil individueller Motorfahrzeugverkehr tiefer (52 bis 16 Prozent). Veloverkehr und ÖV sind gering und weniger abhängig von der Besiedelungsdichte (4 bis 8 bzw. 10 bis 22 Prozent). Die täglich zurückgelegte Strecke wiederum ist umso länger, je weniger dicht die Wohnregion besiedelt ist (20 bis 40 Kilometer). Um generell die Wege zu verkürzen, muss vermehrt auf gute Durchmischung (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Freizeitaktivitäten) geachtet werden. Langsamer unterwegs sein heisst dann: weniger Emissionen, weniger Lärm, weniger Platzbedarf für Verkehrsflächen, kleinere Unfallgefahr, freundlichere Gestaltung des öffentlichen Raums – kurz: mehr Lebensqualität.

### Die Sicht der Politiker

In einem Podiumsgespräch wurden unter dem Titel «Verkehrswende: Wie gelingt die Umsetzung in Bern?» einige Fragen einer Politrunde vorgelegt. Regula Rytz (Nationalrätin BE, Grüne), Thomas Hardegger (Nationalrat ZH, SP), Matthias Jauslin (Nationalrat AG, FDP) und Stefan Müller-Altarmatt (Nationalrat SO, CVP) erklärten ihre Positionen. Auch dabei zeigte sich nochmals, dass Mobilität ein vielschichtiges Thema ist. Neben der Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse ist ein Gesamtblick nötig, für den wir uns aber bisher zu wenig öffnen. Leider bestätigten alle vier Podiumsgäste die Klischees zu ihren Parteien. Hardegger bedauert, dass aktuell nach Bedarf gebaut werde, ohne eine Wertediskussion zu führen. Das Wachstumsmodell werde nicht in Frage gestellt. Rytz meint, wir müssten endlich akzeptieren, dass die Ressourcen begrenzt seien. Fortschrittsglaube helfe da nicht. An der Stelle eines ewigen Puzzle müssten endlich ganzheitliche Konzepte und Planungen treten. Rytz und Hardegger warben für Aktivverkehr und betonten die Notwendigkeit, nun in den Kantonen aktiv zu werden, denn der Veloartikel allein löse keine Probleme, Jauslin wehrte sich gegen Eingriffe, Vorschriften und Abgaben. Fortschritt und Freiheit dürften nicht eingeschränkt werden. Leider würden Veränderungen in einer Demokratie oft sehr lange dauern. Und ja, Emotionen zum The-

ma Auto könne man nicht verbieten. Müller-Altarmatt versuchte zu vermitteln, für die Energiewende führe nun einmal kein Weg am Thema Verkehr vorbei. Aktuell werde leider sehr oft (auch in den Kommissionen) nur Flickwerk gemacht. Matthias Jauslin konnte einem leidtun, denn es war offensichtlich, dass er das Publikum gegen sich hatte. Allgemein wurde aber klar: Heute weiter in die bisherigen Systeme investieren blockiert die nötigen Veränderungen. Grundsätzliche Fragen sind JETZT zu klären.

SES-Präsident und Nationalrat Beat Jans wies in seinem zusammenfassenden Schlusswort darauf hin, dass das Parlament demnächst über die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes debattieren wird und es damit in der Hand hat, ob in diesem Bereich etwas passiert oder ein zahnloser Papiertiger resultiert. Jans schloss die Veranstaltung mit dem Appell, die schweizerische Mobilitätspolitik aus der Sackgasse herauszuführen. ■



Die SES-Postkarten

### Referate und ReferentInnen

Prof. Hermann Knoflacher, Institut für Verkehrswissenschaften, TU Wien  
 Marta Kwiatkowski Schenk, Senior Researcher, Gottlieb Duttweiler Institut GDI  
 Stéphanie Penher, Bereichsleiterin Verkehr und Kommunikation, VCS  
 Dr. Daniel Müller-Jentsch, Verkehrsexperte, Senior Fellow, Avenir Suisse  
 Marcel Hänggi, Umweltjournalist und Buchautor  
 Dr. Sven Kohoutek, Leiter Smart Mobility, PostAuto Mobilitätslösungen AG  
 Dr. M. Hoppe, Leiterin Nachhaltige Transportsyst., Institut für Nachhaltige Entwicklung, ZHAW  
 Denise Belloli, Geschäftsleiterin, Metron Verkehrsplanung AG  
<https://www.energiestiftung.ch/veranstaltung/fachtagung-2018-mobilitaet-der-zukunft.html>

### Die Reichsgaragenordnung

Präambel: «Die Förderung der Motorisierung ist das vom Führer und Reichskanzler gewiesene Ziel»  
 Wer Wohnstätten, Betriebsstätten ... baut, hat für die vorhandenen und zu erwartenden Kraftfahrzeuge ... Einstellplatz... auf dem Baugrundstück oder in der Nähe zu schaffen. 17. Februar 1939, Wirksamkeitsbeginn 1. April 1939

# Das interessanteste Land

Marianne Aepli, Menzingen

22

«Für Eritrea gibt es keinen Reiseführer.» Mit dieser trockenen Aussage gelangt Christoph Stampfli an einen Oberstufenschüler in Menzingen. Als Schulischer Sozialarbeiter unterstützt er den eritreischen Jugendlichen auf der Suche nach einem Abschlussprojekt.

Rafael erzählt häufig von seinem Herkunftsland, er hat sich als Kind dort wohl gefühlt und nun erkundigt er sich, was ein Reiseführer sei. Dann studiert er den «Reise-Know-How Äthiopien». «Und sie glauben, es gibt Menschen in der Schweiz, die sich dafür interessieren, wie man in Eritrea reisen kann und welche Hotels es gibt?», fragt er mit grossen Augen. Vor den Sommerferien, pünktlich zum Schulabschluss von Rafael habe ich seinen Reiseführer in den Händen. Gedruckt auf A4, 18 Seiten, bebildert, im Inhaltsverzeichnis 13 Kapitel mit Unterverzeichnis. Punkt 1.1: Was muss man in der Schweiz machen und wissen, wenn man nach Eritrea reisen will.

Das habe ich mit der Visumsanfrage an die Eritreische Botschaft in Genf bereits gemacht. Danach wird es komplizierter, als im Reiseführer beschrieben. Im Oktober, nach Telefonaten, Mails, Rückfragen und Nachträgen erhalte ich den Reisepass von Christoph Stampfli und mir – mit gültigen Visa.

Zwei Tage später fliegen wir nach Asmara, der Hauptstadt von Eritrea, in ein Land, wo einige unserer Schülerinnen und Schüler herkommen. Einen Einblick ins Schulsystem bekommen, vielleicht eine Schule besuchen können, steht auf unserer Wunschliste, was uns im Voraus als schwierig beschrieben wird: Ohne Gasteinladung keine offizielle Erlaubnis zum Besuch von Schulen, Spitälern, Regierungsgebäuden. Inoffiziell haben wir das dann doch geschafft, mit Freundlichkeit und etwas Freche.

## Ein Land in Aufbruchsstimmung

Eritrea, das Land mit dem langen Grenzanstoss ans Rote Meer, wo auf

der anderen Seite Saudi-Arabien und der Jemen liegen, ist in Aufbruchsstimmung. Seit dem Sommer ist das Friedensabkommen mit Äthiopien unterzeichnet, seit zwei Wochen gibt es Flüge zwischen den Hauptstädten, seit einer Woche ist die Strasse nach Äthiopien offen. Und die Menschen hoffen. Sie glauben an den Frieden. Ich frage mehrfach etwas kritisch nach, nicht zuletzt war Äthiopien in den letzten dreissig Jahren der Haupt-

tär lastet.» So viel zum Tabuthema Militär, wo sonst alle meine Fragen elegant umschifft wurden.

Am Flughafen ist der Schalter für ausländische Einreisende geschlossen. Wir fügen uns in die Warteschlange der Einheimischen. Papiere werden sehr genau kontrolliert, es dauert. Formulare sind wichtig in Eritrea. Es gibt Formularhefte und Durchschlagpapier zuhauf. Ich werde nach dem Aufenthaltsort gefragt und weiss aus dem Reiseführer von Rafael bereits die beste Hoteladresse für europäische Gäste, obwohl ich noch kein Hotel gebucht habe. Das passt und ich gehe zum Geldwechsel. Den Ferienbatzen habe ich in Dollar und Euro mit dabei, Geldbezug mit Karten



Eritreische Schulen: Bis zu 50 SchülerInnen pro Klasse.

feind, die ständige Gefahr im Süden, der erbitterte Gegner im Grenzkrieg, wo Granateinschüsse und zerschossene Häuser heute noch an diese Zeit erinnern, wo Panzerreste vor sich hin rosten. «Diesmal ist es ein guter Frieden, Äthiopien hat uns um Frieden gefragt, das kommt gut.» Und im Nachgang kam meistens die Bemerkung: «Jetzt müssen wir vielleicht nicht mehr so viel Geld in die Armee stecken, jetzt kommt vielleicht etwas Druck weg, der auf unserem Mili-

oder bargeldloses Zahlen gibt es in Eritrea nicht.

Die Hauptstadt Asmara ist Weltkulturerbe Architektur und erinnert sehr an Italien. Die Stadt wurde während der Kolonisationszeit durch die Italiener aus einer Kleinstadt zum Hauptort bestimmt und grossgemacht: «la piccola Roma».

Im Hochland um Asmara sind die Temperaturen angenehm, im Süden ist es auch um diese Jahreszeit noch sehr heiss. Steppe, Wüste und frucht-



Eritreische Schulen: ein Blick in das LehrerInnenzimmer.

bares Land wechseln sich ab. Die klimatischen und geografischen Unterschiede im kleinen Land sind gross. Die italienische Küche ist geblieben und in den zahlreichen Restaurants gibt es nebst traditionellem Essen mit Fladenbrot auch Pizza und Pasta. Mit dem feinen Kaffee ist meine Grundexistenz gesichert und im Übrigen ist die Infrastruktur der Hauptstadt auch gut. Fliessendes Wasser gibt es nicht immer, dafür eine Wassertonne für die WC-Spülung. Auch Strom fehlt immer wieder. Trotzdem gehen die Gespräche im stockdunklen Restaurant weiter, bis das Brummen der Generatoren beginnt. Es zeigt sich, wer sich einen Generator leisten kann. Geschätzt in jedem fünften Lokal geht das Licht wieder an. Oder die Taschenlampe auf dem Handy weist den Weg.

#### Wenig Mittel für viel Schule

Und mir geht gleichzeitig das Licht auf, warum eritreische Schülerinnen und Schüler während des Unterrichts das Handy benutzen dürfen: Weil es nicht piepst und nicht tönt. Weil es fast ausschliesslich zum Fotografieren gebraucht wird. Weil es in Eritrea keinen beständigen Netzzugriff gibt, sogar nur selten Netzverbindung. Und

deswegen die Menschen an den vielen öffentlichen Telefonen mit Karte telefonieren und selten ein Abo auf dem Handy haben.

Während unserem Schulbesuch dürfen wir fotografieren und wir werden auch fotografiert. Der Rektor der Schule ist stolz, dass zwei «Lehrer aus der Schweiz» sich für seine Schule interessieren. Somit sind wir mittendrin, wo wir einfach auf Probe reinmarschiert sind. Frontalunterricht in Klassen mit 50 Kindern, am Vormittag. Und am Nachmittag eine andere Schulklasse, weil sonst zu wenig Platz ist. Eritrea kennt die Schulpflicht für alle Kinder und die meisten richten sich danach. Die Bildungskosten werden vom Staat finanziert. Wir sitzen im Chemieunterricht der Oberstufe. Unterrichtssprache ist in allen Fächern Englisch. In der Primarschule wird Tigrinya gesprochen, die Amtssprache von Eritrea. Für die Hälfte der Menschen im Land eine erste Fremdsprache, die sich komplett von ihrer eigenen Muttersprache unterscheidet. Die Schüler und Schülerinnen sind konzentriert dabei. Sie schreiben laufend ab, was der Lehrer an der Wandtafel notiert. Sie haben verschiedene Unterrichtshefte und schreiben viel, sehr viel. Schul-

bücher gibt es nur in der Schulbibliothek, dort darf auch abgeschrieben werden. Keine Kopien, keine Arbeitsblätter, kein sogenanntes Unterrichtsmaterial. Darstellungen zu Botanik, Geometrie und Menschenkunde sind an den Aussenwänden der Schulbauten gemalt: Schulwandbilder. Im Teamzimmer der Lehrpersonen stapeln sich die Hefte. Hoch, sehr hoch.

#### Von der Schule zur Armee

Wer schulische Leistungen für die nächste Klasse bringt, steigt von der ersten bis zur elften Klasse. Wer leistungsmässig nicht mitkommt, verbleibt im besuchten Lernniveau. Bei einzelnen Kindern sind die Schuluniformen arg strapaziert, mehrfach geflickt und auf Kurzarm geschnitten. Die Farbe des Schulhemdes zeigt die Schulstufe an. Bei manchen reicht das Hemd bis zu den Knien, bei anderen nur noch bis zum Bauchnabel. Nach der obligatorischen Schulzeit folgt ein sechsmonatiges Camp mit militärischer Ausbildung und schulischen Diplomprüfungen. Wer genügend Punkte erzielt, darf studieren. Das trifft auf etwa 20 Prozent der Jugendlichen zu, die anderen gehen direkt nach dem Camp zur regulären Militärausbildung, sowohl Frauen wie Männer.

Wir reisen im Land und holen uns für jede Route eine «Traveller-Permission» und am Zielort eine Registrierung auf dem Polizeiposten. Wir reisen mit den Bussen und lernen Gepflogenheiten der Menschen kennen und viel Freundlichkeit und grosse Hilfsbereitschaft. Wir bekommen kleine Einblicke und führen spannende Gespräche, erfahren viel, bekommen Antworten auf unsere Fragen und werden über vieles gefragt. Zurück in Menzingen zeigen wir die Bilder im Schulteam und berichten. Eritreische Gäste sind auch anwesend, unter ihnen Rafael. Er weiss, es gibt Menschen, die sich sehr für sein Land interessieren. ■



# GRÜNE gegen Glyphosat

Adèle Thorens, Nationalrätin VD, @adelethorens

24

**Am 26. September hat der Nationalrat mein Postulat für einen schrittweisen Glyphosat-Ausstieg angenommen. Ein wichtiger Zwischenerfolg. Wir GRÜNEN müssen den Druck aber aufrechterhalten.**

In meinem Postulat «Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten» fordere ich den Bundesrat auf, die Chancen und Risiken eines schrittweisen Glyphosat-Ausstiegs zu prüfen und aufzuzeigen, auf welche Weise dieser erfolgen muss. Das Postulat ist nur einer von zahlreichen Vorstössen der GRÜNEN in diesem Bereich. Seit Jahren engagieren wir uns gegen Pestizide – der Umwelt und der Gesundheit zuliebe. Das

struktur wird das Pestizid eingesetzt. Immerhin darf bei uns das Mittel in der Landwirtschaft nicht kurz vor der Ernte gesprüht werden – was in anderen Ländern erlaubt ist.

### **Glyphosat: Kontroverse zu den Auswirkungen**

Die gesundheitlichen Auswirkungen des Glyphosats werden seit den Achtzigerjahren kontrovers diskutiert. Damals stufte die Umweltschutzbehörde (EPA) der Vereinigten Staaten das

Wissenschaftsmagazin (Proceedings of the National Academy of Sciences, PNAS) veröffentlichten Studie haben amerikanische Biologen zudem aufgezeigt, dass Glyphosat möglicherweise zum Bienensterben beiträgt.

### **Sofortiges Handeln ist gefragt**

Es ist absolut klar: Angesichts dieser Unklarheiten muss das Vorsorgeprinzip gelten. In der EU wurde die Zulassung des Glyphosats auf fünf Jahre – anstelle der beantragten zehn Jahre – beschränkt. Viele Länder haben sich gegen die erneute Zulassungsverlängerung ausgesprochen, schliesslich wurde sie hauchdünn angenommen. Frankreich hat seinerseits entschieden, einen schrittweisen Ausstiegsplan über mehrere Jahre zu erarbeiten.

In der Schweiz verzichten bereits heute zahlreiche Gemeinden auf den Einsatz von Glyphosat. In verschiedenen Kantonen sind Vorstösse hängig, die ebenfalls den Ausstieg aus der Anwendung dieses Pestizids verlangen. Mein Postulat ist also nur logisch: Wir müssen jetzt aktiv werden und umweltfreundliche und gesundheitsschonende Lösungen finden, wie das Glyphosat baldmöglichst von Alternativen abgelöst werden kann.

Dass der Bundesrat und der Nationalrat mein Postulat unterstützen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber es gibt noch viel zu tun: In einer Verordnung hat der Bundesrat kürzlich und völlig widersprüchlich die in unseren Gewässern zulässigen Glyphosat-Grenzwerte massiv erhöht. Wir GRÜNEN müssen den Druck also aufrechterhalten und uns auf allen Ebenen für den Glyphosat-Ausstieg starkmachen. Das Glyphosat ist derzeit nicht der einzige problematische Stoff, der in der Landwirtschaft verwendet wird. Bald werden zwei Volksinitiativen gegen Pestizide für eine lebhaftere, schweizweite Debatte zu diesem Thema führen. Wir freuen uns darauf. ■



Die GRÜNEN engagieren sich für eine ökologische Landwirtschaft – und treiben den Glyphosat-Ausstieg voran.

Glyphosat, ein Erzeugnis der Firma Monsanto, ist nur eines von unzähligen Pestiziden, aber eines der weltweit am meisten verwendeten. In der Unternehmensstrategie von Monsanto kommt ihm eine entscheidende Rolle zu. Der Konzern verkauft nämlich auch genmanipuliertes Saatgut, das gegen Glyphosat resistent ist.

In der Schweiz ist der Anbau von genetisch veränderten Pflanzen dank des Moratoriums derzeit verboten. Trotzdem ist Glyphosat als Unkrautvernichter in der Landwirtschaft und im Gartenbau hierzulande weit verbreitet. Auch zur «Pflege» von Grünflächen und der Transportinfra-

struktur wird das Pestizid eingesetzt. Immerhin darf bei uns das Mittel in der Landwirtschaft nicht kurz vor der Ernte gesprüht werden – was in anderen Ländern erlaubt ist. Die GRÜNEN engagieren sich für eine ökologische Landwirtschaft – und treiben den Glyphosat-Ausstieg voran. Pestizid als möglicherweise krebserregend für den Menschen ein. In der Folge erschienen zahlreiche Studien mit widersprüchlichen Schlussfolgerungen. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (CIRC) bestätigte die Aussage der EPA und stützte sich dabei auf die vorhandene wissenschaftliche Literatur. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hingegen widersprachen. Bei ihren Recherchen stützten sie sich auf nicht publizierte Studien von Monsanto – was weitere Auseinandersetzungen zur Folge hatte. In einer kürzlich in einem US-

# Grüne Welle

Grünspecht - ein kritischer Vogel

**Seit längerem erzielen die Grünen in den meisten kantonalen und kommunalen Parlamenten Sitzgewinne, sie erhöhen ihre Wähleranteile. In der Schweiz eher gemächlich, in Deutschland gar erdrutschartig.**

«Dieses Jahr stimmt uns nachdenklich. Wir fragen uns, was künftig auf uns zukommen wird mit dem Klimawandel.» Diese Aussage von Ueli Staub, dem Geschäftsführer des Zuger Bauernverbandes, in der «Zuger Zeitung» vom 25. Oktober, ist Teil der Antwort auf die Frage nach den Gründen für die Wahlerfolge der Grünen in Europa. Immer mehr Menschen machen sich Gedanken zum Klimawandel – und sie entscheiden sich für jene Partei, welche sich seit ihrer Gründung konsequent für den Klimaschutz einsetzt. Die Debatte im Parlament zum CO<sub>2</sub>-Gesetz wird zeigen, für wen Klimaschutz ein vorrangliches Anliegen ist, wer den menschlichen Einfluss auf den Klimawandel leugnet und wer sich wegen des Hitzesommers kurzfristig ein grünes Mäntelchen umhängt.



## Ausbeutung und ...

Mit der rasanten Wirtschaftsentwicklung nach dem 2. Weltkrieg im Westen und dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen im Osten schien die soziale Frage in Europa ein für alle Mal gelöst. Man verkündete das Ende der Geschichte und den ewigen Siegeszug der Marktwirtschaft neoliberaler Prägung. In der Tat – selbst die von der Kommunistischen Partei gelenkte Volksrepublik China ist heute ein kapitalistisches Land mit riesigen Einkommens- und Vermögensunterschieden. In der globalisierten Wirtschaftswelt ist keine Alternative in Sicht. Also

alles bestens? Der Grünspecht hat da leise Zweifel. Die soziale Frage steht nach wie vor im Raum – man denke nur an die hohe Arbeitslosigkeit rundherum in Europa. Junge, teils gut ausgebildete Männer und Frauen, hangeln sich von Praktikum zu Praktikum oder leben am Existenzminimum. In der dritten Welt arbeiten Millionen von Menschen für

Löhne, die kaum zum Leben reichen. Ebenso schwer wiegt die Ausbeutung der Natur. Die Rohstoffe der Erde wie Kohle oder Öl werden innert weniger Jahrhunderte «verbrannt». Westlich von Köln werden hektarenweise Wälder abgeholzt, nur um noch die letzte schwefelhaltige Braunkohle mit riesigen Baggern aus dem Erdreich herauszuholen. Der kurzfristige Erhalt von Arbeitsplätzen geht definitiv zu Lasten der Umwelt.

## ... Verschwendung

Die Ausbeutung in der globalisierten Welt geht einher mit einer riesigen Verschwendung. Ein Drittel aller pro-

duzierten Lebensmittel gelangt gar nie auf den Teller – Rüebli werden auf Schweizer Äckern untergepflügt, weil sie nicht den Normen der Grossverteiler (und angeblich der Konsumenten) entsprechen. Die Datumsgläubigkeit («zu konsumieren bis...») animiert geradezu zum Wegwerfen durchaus intakter Lebensmittel. Die Convenience-Food-Portionen werden immer grösser und wir Konsumenten immer schwergewichtiger – und bezahlen dann viel Geld für die Wellness-Wochen mit gesunden Säften. Ein anderes Beispiel ist die Verschwendung an Boden. Trotz aller Bekenntnisse zur Verdichtung ufern die Bauzonen immer weiter in die Landschaft hinaus. Mit der Zersiedlungsinitiative der Jungen Grünen haben wir Schweizerinnen und Schweizer die Möglichkeit, ein Zeichen gegen die Verschwendung zu setzen. So wie das Schweizer Volk vor Jahren auch dem uferlosen Zweitwohnungsbau in den Alpen den Riegel geschoben hatte. Ein letztes Beispiel ist die Verschwendung von Rohstoffen – schnell mal übers Wochenende mit dem Flieger nach New York oder (etwas bescheidener) nach Paris oder London zum Shoppen. Das Überangebot in der Aviatik lädt zu solch unsinnigen Trips geradezu ein.

## Neue Bescheidenheit

So kann es nicht weitergehen, wenn wir auch den Kindern und Enkeln eine lebenswerte Welt hinterlassen wollen, wenn wir auch den Tieren und Pflanzen eine Überlebenschance geben wollen. Und das ist – davon ist der Grünspecht voll überzeugt – nicht eine Frage des Wollens oder Nichtwollens. Es ist schlicht eine Pflicht. Oder wie es Holger Thurm, Neumitglied der Grünen in Berlin, in der «Zuger Zeitung» vom 25. Oktober sagte: «Wir müssen mit aller Kraft für den Erhalt der Schöpfung kämpfen.» Die Erde erträgt keine Wischi-Waschi-Politik. ■



26

Als Fussgänger habe ich mich in letzter Zeit (eigentlich seit mehr als 20 Jahren) oft gefragt, warum die lieben Mitbürger derart aufrüsten. Nun habe ich die Antwort in der ZZ gelesen, auf der Sonderseite «Mobil». Herr Knellwolf schrieb da: «Man wähnt sich in einem Actionfilm: Mitten in der Wüste fährt die Patrouille in unbekanntem Gebiet, einziger Schutz ist das wuchtige Fahrzeug, das wegräumt, was sich ihm in den Weg stellt. Mittendurch statt rundherum. In etwa so fühlt man sich im Toyota Land Cruiser. Als Chef auf hohem Ross mit hohem Schwerpunkt, den das Schaukeln des Gefährts auf der Asphaltstrasse nicht stört. Der dieses Schaukeln mag, wenn der Dieselmotor seine 200 PS und seine 500 Newtonmeter Drehmoment entfaltet.» Diese Sprache! Voll fette Asphaltpoesie! – Nun aber schnell die Kinder zur Schule bringen. Dort aber bitte rundherum statt mittendurch. Und bitte keine Demonstration des Drehmoments. ■

Ende September bereicherte die AVES Zug ihre Generalversammlung mit einem Referat des Geschäftsführers der Erdöl-Vereinigung. Er beklagte sich über die wirtschaftlichen Schäden und sozialen Nebenwirkungen der Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Bestrafung von Industrie und Gewerbe durch CO<sub>2</sub>-Abgaben etc. Von Chancen für Industrie und Gewerbe mit Entwicklung, Produktion und Anwendung neuer,

klimafreundlicher Technologien hat er offenbar immer noch nichts gehört (oder verstanden). ■

Hüst und hott, auf drei Ebenen: In der Stadt Zug wird weiter gefeilscht um Parkplätze. Nach guten Massnahmen im letzten Jahr krebst der Stadtrat nun wieder zurück bei der Gebührenerhebung an allen Wochentagen. Die Kosten der Parkplätze müssen also anders gedeckt werden. Hüst und hott auch beim Kanton. Auf keinen Fall Steuererhöhung – Steuererhöhung befristet – keine Steuererhöhung. Alles klar? Und beim Bund: Während sogar ein Gericht in Kalifornien ein Glyphosat-Urteil gegen Monsanto bestätigt, kommt aus Bern die Nachricht, dass die Grenzwerte für dieses Gift ohne Gefahr erhöht werden können. ■

Obwohl also im Kanton Zug keine Steuererhöhung nötig ist, spart der Kantonsrat auf Teufel komm raus. Denkmalschutz? Luxus pur. Streichen oder wenigstens unschädlich machen. ■

Wie bitte? Zur Causa Villiger soll ich auch noch etwas schreiben? Habe ich aber keine Lust, ich bin Fussgänger. Habe nur auf der Website des Strassenverkehrsamtes nachgesehen, welche Fristen da gelten. Adressänderungen und was da sonst noch wäre (Halterwechsel steht nicht explizit) sind innert 15 Tagen zu melden. ■

**Out of Paradise**

Montag, 10. Dezember,  
20 Uhr  
Kino Gotthard Zug

Der Nomade Dorj und seine hochschwängere Frau Suren leben in der mongolischen Steppe. Als Komplikationen bei der Schwangerschaft auftreten, müssen sie in die ferne Hauptstadt. Im Spital erfahren sie, dass die Behandlung im Voraus zu bezahlen ist. Beim Versuch, Geld zu beschaffen, gerät Dorj in den Sog der Grossstadt und muss kämpfen. Der Film vermittelt ein Bild der heutigen Mongolei, in der den Menschen das traditionelle Leben in ihren Jurten immer mehr entgleitet. Der Kontrast zwischen Ursprünglichkeit und Moderne wird in starken Bildern behutsam aufgebaut. Ein Mix aus empfindsamem Drama, zarter Romanze und urbanem Überlebenskampf. Unbedingt sehenswert, auch dank des realistisch dargestellten Konflikts der Lebenswirklichkeiten. 1. Preis Festival Schanghai. Regisseur Batbayar Chogsom ist anwesend.

**Dene vos guet geit**

Montag, 14. Januar,  
20 Uhr  
Kino Gotthard Zug

Alice, die in einem Callcenter in der Zürcher Agglomeration arbeitet, nimmt alte Omas aus. Eine Schweizer Lebenswirklichkeit jenseits jeglicher Heidi-Romantik. Städtische Betonwelten, aufgenommen aus dem Sichtwinkel von Überwachungskameras. Menschen, die sich über Passwörter identifizieren und deren Gespräche günstige Internetabos und teure Krankenkassen beinhalten. Alles läuft reibungslos und höflich. Gefühle und Nähe sind nahezu absent. Mani Matters titelgebender Song korrespondiert inhaltlich aufs Schönste mit dieser visuellen Lakonik. Radikal präzise und mit konsequenter Bildsprache unterläuft der Film jede lineare Erwartung. Mit sanft satirischem Blick in Bild, Ton und Dialogen wird er zum hintersinnigen Vergnügen, das lange nachhallt. Nomination Schweizer Filmpreis 2018. Regisseur Cyril Schäublin ist anwesend.



Freundliche Grüsse  
Elke Mangelsdorff  
FLIZ FilmLiebhaberInnen  
Zug





**Mittwoch, 2. Januar 2019**  
**Alternative Monatsbar**  
 im Siehbachsaal Zug  
 Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht der kantonale Vorstand ab 18.30 Uhr  
 Um 20 Uhr Erlebnisbericht vom Frauenstreik 1991 und Einblicke in die Organisation eines neuen Frauenstreiks durch junge Aktivistinnen.

**Mittwoch, 30. Januar 2019**  
**Alternative Monatsbar**  
 im Siehbachsaal Zug  
 Gute Gespräche und feines Essen. Es kochen die alternativen Panter (SeniorInnen) ab 18.30 Uhr. Um 20 Uhr Themenabend zur Zersiedelungs-Initiative.

**Freitag, 1. Februar 2019**  
 Wintertreff Alternative – die Grünen Stadt Zug bei der Pfadihütte Guggiwäldli, Zug, ab 18.00 Uhr

**Sonntag, 10. Februar 2019**  
 Abstimmungssonntag: Zersiedelungsinitiative, kantonales Planungs-/Baugesetz.

**Mittwoch, 6. März 2019**  
**Alternative Monatsbar**  
 im Siehbachsaal Zug  
 Gute Gespräche und feines Essen. Es kocht die Alternative – die Grünen Baar ab 18.30 Uhr. 18 Uhr: Städtische GV; 20 Uhr: Nominationsversammlung Nationalratswahlen

**Mittwoch, 3. April 2019**  
**Alternative Monatsbar**  
 im Siehbachsaal Zug  
 näheres siehe Web

## Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen Zug**  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
 041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)

Öffnungszeiten Büro  
 Alternative – die Grünen Zug:  
 Mo und Do 9–16 Uhr  
 E-Mails an:  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)  
 werden von Mo–Fr bearbeitet.

**Alternative – die Grünen Baar**  
 Anna Lustenberger-Seitz  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative – die Grünen Menzigen**  
 Barbara Beck-Iselin  
[b.beck-iselin@bluewin.ch](mailto:b.beck-iselin@bluewin.ch)

**Alternative – die Grünen Unterägeri**  
 Cornelia Mayinger  
[cornelia.mayinger@datazug.ch](mailto:cornelia.mayinger@datazug.ch)

**Alternative – die Grünen Stadt Zug**  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Forum Oberägeri**  
 Philipp Röllin  
[roellin.ph@bluewin.ch](mailto:roellin.ph@bluewin.ch)

**Grünes Forum Hünenberg**  
 Rita Hofer  
[rita\\_hofer@bluewin.ch](mailto:rita_hofer@bluewin.ch)

**Grüne Risch-Rotkreuz**  
 (ehemals Gleis 3 Alternative Risch)  
 Heinz Widmer  
[mail@gruene-rischrotkreuz.ch](mailto:mail@gruene-rischrotkreuz.ch)

**Grüne Steinhausen**  
 Edith Seger Niederhauser  
 Postfach 123  
 6312 Steinhausen  
[steinhausen@gruene-zug.ch](mailto:steinhausen@gruene-zug.ch)

**Junge Alternative Zug**  
 Konradin Franzini und Gurbetelli Yener  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug  
[junge@alternative-zug.ch](mailto:junge@alternative-zug.ch)

**Krifo Alternative Cham**  
 Roman Ambühl  
[cham@alternative-zug.ch](mailto:cham@alternative-zug.ch)

**Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat**  
[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)

**Grüne Partei Schweiz**  
[www.gruene.ch](http://www.gruene.ch)



**Facebook**  
[fb.com/AlternativeZug](https://fb.com/AlternativeZug)



**Twitter**  
[@AlternativeZG](https://@AlternativeZG)



**Instagram**  
[@alternativegruene](https://@alternativegruene)



**WhatsApp-Newsletter**  
 Sende deinen Namen per WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen.

BULLETIN  
 Nr. 4, 16. Dezember 2018  
 erscheint viermal jährlich.

**Herausgeber:**  
 Verein DAS BULLETIN

**Adresse:**  
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug,  
 Metallstrasse 5, 6300 Zug

**Redaktion:**  
 Natalie Chiodi  
 Jonas Feldmann  
 Hansjörg Glauser  
 Hansruedi Küttel  
 Lorenzo Martinoni

**Kontakt:**  
[bulletin\\_redaktion@bluewin.ch](mailto:bulletin_redaktion@bluewin.ch)

**Lektorin:** Kathrin Graffe

**Gestaltungskonzept:**  
 S.H.E.D. GmbH

**Produktion:**  
 Satz, Bild und Druck:  
 DMG Zug, [www.dmg.ch](http://www.dmg.ch)

Gedruckt auf Cyclus Print  
 (100% Recycling-Papier)

**Titelbild:** Paula Gisler

**Nutzaufgabe:** 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–  
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–  
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–  
 Mitgliederbeitrag Verein  
 DAS BULLETIN: Fr. 100.–

**Einzahlungen auf:**  
 Verein DAS BULLETIN,  
 6304 Zug, PC 60-30584-6

**Redaktionsschluss**  
 Nr. 1/2019:  
 Freitag, 1. März 2019

**Erscheinungsdatum**  
 Samstag, 23. März 2019

**DAS BULLETIN**  
[www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative - die Grünen Zug,  
Metalstrasse 5, 6300 Zug

